

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Form der Kinderbetreuung stark sozial selektiv	1
Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht	6
Unsicherheit des Arbeitsplatzes mindert Arbeitszufriedenheit besonders in Deutschland	11
European Conference on Measuring Well-Being and Fostering the Progress of Societies	16
7. Konferenz „Social Monitoring and Reporting in Europe“	16

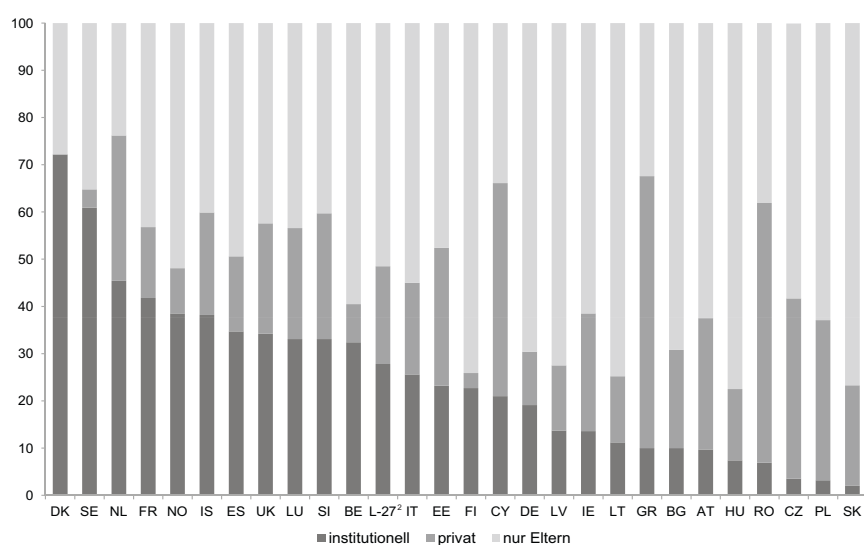
Form der Kinderbetreuung stark sozial selektiv

Ein europäischer Vergleich der Betreuung von unter 3-jährigen Kindern

Europaweit wird der Betreuungssituation von Kleinkindern verstärkt Bedeutung zugemessen, zum einen im Hinblick auf die Integration von Müttern in das Erwerbsleben, zum anderen im Hinblick auf das Wohlergehen der Kinder im Sinne ihrer kognitiven und emotionalen Entwicklung wie auch sozialen Integration. Die gesellschaftspolitische Relevanz der Kinderbetreuung kommt in den vom Europäischen Rat im Jahr 2002 in Barcelona formulierten Zielen zum Ausdruck, mit denen die EU-Staaten aufgefordert werden, „nach Maßgabe der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und im Einklang mit den einzelstaatlichen Vorgaben (...) bis 2010 für mindestens 90% der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33% der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen“ (KOM (2008) 638: 2). Während das Betreuungsangebot für Kinder zwischen drei und sechs Jahren in den meisten europäischen Ländern zwischenzeitlich relativ gut ausgebaut ist, variiert das Angebot für die unter 3-jährigen Kinder zwischen den Ländern erheblich. Die Ursachen hierfür liegen sowohl in den finanziellen Rahmenbedingungen als auch der jeweils nationalen familienpolitischen Ausrichtung. Wird die Betreuung von Kleinkindern als eine originäre Aufgabe der Familie gesehen, sind die familienpolitischen Leistungen vorwiegend auf die Unterstützung der Betreuung durch die Eltern ausgerichtet, sei es in Form einer ausgedehnten Freistellung erwerbstätiger Eltern und/oder in Form von finanziellen Beihilfen.

Im vorliegenden Beitrag wird skizziert wie die Betreuungsform der unter 3-jährigen Kinder in Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit, dem Bildungsabschluss und dem Armutsrisiko der Mutter variiert und inwieweit hier charakteristische, länderübergreifende Muster erkennbar sind. Als Datenbasis dient die Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen der Haushalte in der europäischen Union (EU-SILC 2009)¹. EU-SILC wird seit 2004 jährlich erhoben. Gegenwärtig nehmen neben den 27 EU-Staaten auch Norwegen, Island, die Türkei und die Schweiz teil. Im Fokus von EU-SILC stehen Haushalte und die darin lebenden Personen ab 16 Jahren. Für im Haushalt lebende Kinder unter 13 Jahren wird die Betreuungssituation² erfragt. Erhoben werden die jeweiligen Typen der Betreuung und ihr Umfang (in Stunden pro Woche). Im Einzelnen wird zwischen sechs Betreuungstypen unterschieden, wobei die konkrete länderspezifische Umsetzung im Detail variieren kann: (1) Vorschulen oder Äquivalent; (2) Pflichtschulen; (3) Betreu-

ungseinrichtungen außerhalb des Unterrichts; (4) Kindertagesstätten, Krippen, Kindergärten oder Äquivalent; (5) Betreuung durch nicht institutionell eingebundene Personen (z. B. Tagesmutter, Au-Pair)³; (6) Betreuung durch Großeltern, andere Haushaltsmitglieder (außer Eltern), Verwandte, Freunde etc. Eine differenzierte Ausweisung dieser sechs Typen ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich. Im Weiteren wird daher maximal zwischen folgenden Betreuungsarrangements differenziert: I. Institutionelle Betreuung: Diese umfasst die Typen (1)-(4). II. Private Betreuung: Hierunter fällt die bezahlte oder unbezahlte informelle Unterstützung (5)-(6). III. Nur elterliche Betreuung, d. h. es werden weder institutionelle noch externe private Betreuungsformen genutzt. Verkürzt umschreiben wir die exklusiv elterliche Betreuung im Text auch als ‚betreut selbst‘. Wenngleich wir hier nur Mütter betrachten, bezieht sich diese Formulierung auch auf Väter. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden des Weiteren Kinder,

Grafik 1: Betreuungsarrangements für das jüngste Kind (unter 3 Jahren) im Haushalt¹ (in %)

1) Bezogen auf Mütter mit Kindern unter 3 Jahren; 2) L-27: Alle 27 untersuchten Länder

Datenbasis: EU-SILC, eigene Berechnungen

die sowohl institutionell (I) als auch privat (II) betreut werden, nur unter der institutionellen Betreuung ausgewiesen.

In die Analysen werden alle Frauen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren einbezogen, deren jüngstes Kind jünger als 3 Jahre ist. Betrachtet wird nur die Betreuungssituation dieses jüngsten Kindes⁴. Mit insgesamt 13.916 Fällen stellen Frauen mit unter 3-jährigen Kindern eine sehr kleine Population dar, zugleich sind die drei Betreuungsarrangements länderspezifisch zum Teil sehr schief verteilt. Jede weitere Differenzierung führt rasch zu Zellbesetzungen unterhalb der gerade noch akzeptablen Schwelle von 20 Fällen. Deshalb werden bei der Betrachtung der mütterlichen Einflussfaktoren Bildungsabschluss und Armutsrisiko die institutionellen und privaten Betreuungsformen im Typ ‚externe‘ Betreuung zusammengefasst.

Da die SILC-Daten aus der Schweiz und der Türkei für die Wissenschaft bislang nicht verfügbar sind und die Daten aus Portugal und Malta nicht berücksichtigt werden konnten, bezieht sich der Ländervergleich auf die verbleibenden 25 EU-Staaten sowie Norwegen und Island. Zudem kann bei den deutschen EU-SILC Daten nicht zwischen Ost- und Westdeutschland unterschieden werden. Mit Blick auf den hier interessierenden Sachverhalt der Kinderbetreuung schränkt dies die Aussagekraft der deutschen Befunde erheblich ein, denn nach wie vor unterscheidet sich das Betreuungsangebot und seine Nutzung in den beiden Teilen Deutschlands deutlich (Steiber/Haas 2010; Kreyenfeld/Krapf 2010).

Markante Unterschiede in den Betreuungsarrangements der jüngsten Kinder

Betrachtet man zunächst, wie sich die Inanspruchnahme von institutioneller und privater Betreuung für die unter 3-jährigen Kinder in Europa gestaltet, zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Ländern (Grafik 1).

Es überrascht wenig, dass die institutionelle Betreuung in Ländern mit einem gut ausgebauten frühkindlichen Betreuungsangebot am stärksten verbreitet ist. Hierzu zählen Dänemark (72%) und Schweden (61%), gefolgt von den Niederlanden (45%), Frankreich (42%), Norwegen (39%) und Island (38%). Innerhalb der nordischen Länder fällt Finnland aus dem Rahmen. Ähnlich wie in Dänemark, Schweden und Norwegen besteht für Kinder in Finnland spätestens ab dem ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und zugleich eine umfangreiche Betreuungsinfrastuktur. Dennoch nehmen nur 23% der Mütter in Finnland institutionelle Unterstützung für ihr jüngstes Kind in Anspruch. Nahezu drei Viertel der Mütter hingegen betreuen ihr Kind ausschließlich selbst, d. h. sie verzichten auf jede Form der externen Betreuung, sei es institutioneller oder privater Art. Eine Erklärung hierfür ist das finnische ‚parental choice‘ Modell. ‚Parental choice‘ Modelle, die es z. B. auch in Dänemark, Schweden und Norwegen gibt, ermöglichen es Eltern, zwischen öffentlichen Betreuungsangeboten oder privater Betreuung mit finanziellem Ausgleich zu wählen. In Finnland besteht – im Unterschied zu den anderen Ländern – jedoch nur dann Anspruch auf Betreuungsgeld, wenn im Gegenzug kein öffentlicher Betreuungsplatz für das Kind beansprucht wird (Plantenga/Remery 2009). Darüber hinaus kann dieses nationale Betreuungsgeld durch ein kommunales Betreuungsgeld aufgestockt werden, da finnische Kommunen bei Verzicht auf einen Betreuungsplatz mitunter ebenfalls finanzielle Beihilfen gewähren.

Mit jeweils mehr als 30% nutzen auch Frauen in Spanien, im Vereinigten Königreich (im Folgenden: UK), Luxemburg, Slowenien und Belgien überdurchschnittlich häufig eine institutionelle Betreuung für ihr jüngstes Kind. Für UK ist dieser Befund unerwartet. Denn für das marktwirtschaftlich organisierte Betreuungssystem in UK sind nicht nur die Gebühren europaweit am höchsten, sondern die öffent-

liche Bezuschussung zugleich am geringsten. Allerdings ist in UK auch die bezahlte Freistellung (Mutterschutz und Elternzeit) für Frauen mit etwa 13 Wochen sehr knapp bemessen, so dass sich in der hohen Nutzung der vorhandenen institutionellen Betreuungsmöglichkeiten auch die schlechte ökonomische Notwendigkeit widerspiegeln kann. Allenfalls von marginaler Bedeutung ist die institutionelle Betreuung der unter 3-jährigen Kinder in Polen, der Slowakei, Tschechien, Rumänien, Österreich, Litauen, Bulgarien und Griechenland. Höchstens eine von zehn Frauen gibt an, eine Krippe oder Ähnliches für ihr jüngstes Kind zu nutzen. Gemessen am Anteil der privat betreuten Kleinkinder ist der tatsächliche Betreuungsbedarf in den meisten dieser Länder jedoch erheblich größer. Deutlich über die Hälfte der Mütter in Griechenland und Rumänien, sowie mehr als 30% der Mütter in Tschechien, Polen und Österreich nutzen private Betreuungsmöglichkeiten für ihr jüngstes Kind. Im europäischen Vergleich von nachgeordneter Bedeutung ist die externe Betreuung institutioneller und privater Art in Deutschland. Knapp zwei von zehn Müttern greifen für die Betreuung des jüngsten Kindes auf formale Angebote zurück, nur 10% nehmen private Unterstützung in Anspruch. Sieben von zehn Müttern geben hingegen an, ihr Kind ausschließlich selbst zu betreuen. Eine ähnlich starke Dominanz der exklusiv elterlichen Betreuung für die unter 3-jährigen Kinder findet sich in Finnland, Lettland, Bulgarien, Litauen, Ungarn und der Slowakei sowie etwas weniger ausgeprägt in Österreich, Irland und Polen.

Vier von zehn erwerbstätigen Müttern in Deutschland betreuen ihr jüngstes Kind ohne externe Unterstützung

Das Erwerbsverhalten von Müttern, insbesondere wenn die Kinder noch im Krippenalter sind, ist das Ergebnis eines vielfältigen Entscheidungsprozesses. Von Bedeutung sind sowohl die individuellen Lebenslagen, die verfügbaren Optionen und Kosten der Kinderbetreuung, familien- und sozialpolitische Anreize wie auch kulturelle Leitbilder bezüglich einer angemessenen geschlechtsspezifischen Aufteilung von Haus-, Familien- und Erwerbsarbeit. So wird in (West-)Deutschland die Erwerbstätigkeit von Frauen mit kleinen Kindern häufig als problematisch wahrgenommen, sowohl in Hinblick auf das Wohlbefinden des Kindes als auch die Doppelbelastung der Mutter (Scheuer/Dittmann 2007). Begleitet wird dieses kulturelle Leitbild durch sozialpolitische Anreize, die der mütterlichen Erwerbstätigkeit tendenziell entgegenwirken. Dazu gehört die Dauer der Elternzeit inklusive der Anerkennung von 36 Monaten Erziehungszeit bei der Rentenversicherung wie auch die anstehende Einführung eines Betreuungsgeldes, das – ähnlich wie in Finnland – nur dann ausbezahlt werden soll, wenn kein öffentlicher Betreuungsplatz beansprucht wird. Dem gegenüber steht ein eingeschränktes Angebot an Krippenplätzen, das der Erwerbstätigkeit von Müttern Grenzen setzt. Ähnlich stellt sich die Situation in Österreich dar. Vice versa setzen etwa Dänemark und

Schweden mit relativ kurzen Elternzeiten und bedürfnisangepassten Betreuungsstrukturen Anreize für die Berufstätigkeit von Frauen mit Kleinkindern. Auch in den Niederlanden wird die schnelle Rückkehr der Mütter in das Erwerbsleben angestrebt. Die maximale Freistellung für Frauen liegt bei 26 Wochen (Tabelle 1). Zu den Ländern mit sehr kurzen Freistellungszeiten und zugleich jedoch nur eingeschränktem Betreuungsangebot zählen unter anderem Italien, Irland, Griechenland und Rumänien. Zum Kreis der Länder mit langer Freistellung und ausgebauter Betreuungsinfrastruktur gehören z. B. Frankreich und Finnland.

Ein gut ausgebautes Betreuungsangebot erleichtert zweifellos die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern im Krippenalter, wie sich an ihren im europäischen Vergleich außerordentlich hohen Erwerbsquoten in Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden zeigt. Allerdings sind auch über 70% der Mütter in Slowenien, Litauen und Zypern erwerbstätig, obwohl in Litauen, wie auch in Zypern, die Betreuungsinfrastruktur nur schwach ausgebaut ist. Gleichfalls zählen Griechenland, Irland und Polen zu den Ländern mit unzureichenden Betreuungsplätzen, dennoch sind zwischen 50

und 60% der Mütter erwerbstätig. Im Vergleich hierzu ist in Deutschland aber auch in Finnland die Erwerbstätigkeit von Frauen mit einem Kleinkind die Ausnahme. In diesen Ländern ist jeweils nur etwa knapp ein Drittel dieser Mütter berufstätig. In den meisten europäischen Ländern richten sich öffentliche Betreuungsangebote an erwerbstätige Mütter. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, haben Kinder von erwerbstätigen Frauen in der Regel Vorrang. Ungeachtet dessen scheint die vorhandene Infrastruktur den tatsächlichen Bedarf – sei es in Hinblick auf die Zahl der verfügbaren Plätze, die Öffnungszeiten oder die entstehenden Kosten – nicht annähernd abzudecken. Im Durchschnitt der 27 Länder nehmen nur 4 von 10 erwerbstätigen Müttern bei der Betreuung des jüngsten Kindes institutionelle Unterstützung in Anspruch, 28% nutzen private Betreuungsmöglichkeiten und 31% geben an, dass ihr Kind nur von den Eltern betreut wird. Letzteres ist insbesondere in Litauen, Bulgarien, Tschechien und der Slowakei verbreitet und verweist auf ökonomische Zwänge dieser Mütter, erwerbstätig zu sein, selbst wenn keine Möglichkeiten der Kinderbetreuung verfügbar sind. Auch Zypern, Rumänien, Polen, Österreich und Irland zählen zu den Ländern mit einer schwachen Betreuungsinfrastruktur. Hier

wird das Defizit jedoch verstärkt durch Rückgriff auf private Unterstützung ausgeglichen, sei es durch den erweiterten Familienkreis, Freunde oder Nachbarn. Das Extrembeispiel ist Griechenland: Nur 10% der erwerbstätigen Mütter nutzen institutionelle Betreuung, aber 89% greifen auf private Hilfe zurück. Auch in Deutschland ist die Betreuungssituation für unter 3-Jährige suboptimal: Nur 40% der erwerbstätigen Frauen nutzen eine Krippe oder Kindertagesstätte, jede Fünfte greift auf private Formen der Betreuung zurück, und bei weiteren 40% wird das kleinste Kind nur von den Eltern betreut.

Die Inanspruchnahme von externer Unterstützung bei der Betreuung von Kindern steigt mit dem Bildungsniveau der Mütter

Im Allgemeinen sind es vor allem hochqualifizierte Frauen, die im Anschluss an die Geburt eines Kindes schnell an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, da sie häufiger Berufstätigkeiten ausüben, die sich schwer mit einer mehrjährigen Unterbrechung vereinbaren lassen. Ebenso stellen die höheren Einkommens- und Karrierechancen positive Anreize für eine nur kurzfristige Erwerbsunterbrechung dar. Sind die Erwerbs- und Einkommenschancen ungünstig,

Tabelle 1: Betreuungsarrangements für das jüngste Kind im Haushalt (unter 3 Jahren) nach Erwerbsbeteiligung der Mutter (in %)

	Anteil erwerbstätiger Mütter ¹	Mutterschutz u. Erziehungszeit bezahlt ²	Max. Dauer Freistellung für Frauen	Mutter erwerbstätig			Mutter nicht erwerbstätig					
				Betreuung des jüngsten Kindes ³			Nur Eltern	Institutionell	Privat	Nur Eltern	Institutionell	Privat
				%	In Wochen	%						
DK	82	32	46	26	74			34	66			
SI	81	52	37	35	36	29		63	22	16		
LT	79	109	104	69	14	17		98	1	2		
NL	78	21	26	14	53	33		58	17	25		
SE	76	38	51	32	64	4		47	50	3		
CY	75			15	26	59		90	6	4		
NO	71	39	91	45	43	12		68	28	4		
BE	68	14	15	47	42	11		87	12	2		
FR	66	44	159	24	54	22		81	18	2		
GR	58	25	43	1	10	89		77	9	14		
IE	56	7	42	41	22	37		88	3	10		
ES	55	16	162	30	46	23		73	21	7		
LU	52	28	26	19	41	41		70	25	5		
PL	50	39	156	42	34	28		84	17	11		
IT	50	24	26	38	6	52		72	1	16		
IS	49	21	26	14	56	30		65	21	14		
RO	46	16	21	36	11	53		40	3	57		
UK	46	13	52	26	45	30		57	26	18		
LV	43	55	52	43	27	30		94	4	2		
BG	40	57	63	63	19	19		74	4	22		
DE	32	36	157	40	40	20		84	9	7		
FI	32	55	162	40	53	7		90	8	1		
EE	26	85	172	17	53	30		58	13	29		
AT	25	35	112	26	27	47		75	4	22		
SK	24	46	156	57	6	37		83	1	16		
CZ	18	63	164	59	7	34		58	3	39		
HU	10	76	136	35	50	16		82	3	15		
alle 27 Länder	51			31	41	28		73	14	13		

1) Mütter von Kindern unter 3 Jahren; 2) Umgerechnet in Vollzeit-Äquivalente: Quelle: OECD Family Database, PF2.1, 2011

3) Abweichungen zu 100% sind rundungsbedingt

Datenbasis: EU-SILC, eigene Berechnungen

ist es für die Frau (bzw. das Paar) hingegen durchaus rational zwischen den Kosten für eine außerhäusliche Kinderbetreuung und der Höhe des mittels Erwerbstätigkeit erzielbaren Einkommens abzuwägen. Nimmt man den Bildungsabschluss der Mutter als Indikator für ihre Einkommenschancen und vernachlässigt andere Erwägungen, die für oder gegen eine ausschließliche familiäre Betreuung sprechen, sollte der Anreiz, das Haushaltsbudget durch Inanspruchnahme eines Krippenplatzes zusätzlich zu belasten, wenn zugleich die elterliche Betreuung ‚kostenfrei‘ geleistet werden kann, bei einem niedrigen Bildungsabschluss geringer ausgeprägt sein als bei einem hohen.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, zeigt sich diese Form der ‚Bildungsselektivität‘ in nahezu allen Ländern: Es sind die Mütter mit einem niedrigen Bildungsabschluss, die ihr jüngstes Kind vorwiegend selbst betreuen. Und es sind die Frauen mit dem höchsten Bildungsabschluss, die bei der Betreuung ihrer Kinder am häufigsten externe Unterstützung beanspruchen. Im europäischen Durchschnitt betreuen mehr als zwei Drittel der geringqualifizierten Mütter ihr jüngstes Kind ausschließlich selbst, bei den hochqualifizierten Müttern sind es hingegen nur knapp 4 von 10. Auch für Deutschland sind starke Bildungsunterschiede erkennbar: 85% der Mütter mit einer niedrigen Bildung betreuen ihr Kind selbst, in der Gruppe der hochqualifizierten Mütter liegt der Anteil bei nur 52%. Damit ist die Art der Betreuung (Eltern versus extern) in Deutschland auf einem ähnlichen Niveau bildungsselektiv wie etwa in Österreich, Polen, Belgien oder Bulgarien.

Noch extremer ist die Bildungsselektivität der Betreuung in Frankreich und den Niederlanden ausgeprägt. In Frankreich betreuen 79% der geringqualifizierten Mütter ihre Kinder ausschließlich familiär. In der Gruppe der hochqualifizierten Mütter trifft dies hingegen nur auf 27% zu. In den Niederlanden liegen die entsprechenden Anteile bei 52% versus 17%. Für die Niederlande ist diese ausgeprägte Bildungsselektivität nicht völlig unerwartet. Das niederländische Betreuungssystem ist gut ausgebaut, aber privatwirtschaftlich organisiert. Die im europäischen Vergleich hohen Betreuungskosten werden vorwiegend von den Eltern und ihren Arbeitgebern getragen. Anders stellt sich die Situation in Frankreich dar. Das französische Betreuungssystem ist eine Mischung zwischen öffentlich organisierten und (staatlich subventionierten) individualisierten (assistantes maternelles) Angeboten. Trotz starker Subventionierung sind die für die Eltern verbleibenden Betreuungskosten noch immer relativ hoch und scheinen bei Müttern mit geringer Qualifikation der Nutzung der vorhandenen Betreuungsinfrastuktur tendenziell entgegenzuwirken. Abweichend hiervon hat das Bildungsniveau der Mutter in Dänemark, Norwegen, Island, aber auch in Estland, Rumänien, Tschechien und der Slowakei keinen nennenswerten Einfluss auf die Betreuungsform des jüngsten Kindes. Im Unterschied zu den nordischen Ländern ist die Betreuungsinfrastuktur in Rumänien,

Tschechien und der Slowakei wenig ausgebaut. Dieses Defizit wird jedoch – wie oben erwähnt – durch private Betreuungsmöglichkeiten ausgeglichen, deren Nutzung geringere Hürden für Mütter mit niedrigeren Abschlüssen darstellt.

Mütter, die in armutsgefährdeten Verhältnissen leben, nehmen für die Betreuung ihrer jüngsten Kinder seltener externe Unterstützung in Anspruch

Das Aufwachsen in Armut geht häufig Hand in Hand mit schlechten Startvoraussetzungen für das Erwachsenenleben, sei es in sozialer, ökonomischer oder gesundheitlicher Hinsicht. Die Ursachen hierfür liegen nicht in der Einkommensarmut als solche, sondern in damit einhergehenden ungünstigen Begleitumständen im Elternhaus oder im sozialen Umfeld. Mit dem Ausbau der frühkindlichen Betreuungsangebote soll daher nicht nur die Integration der Mütter in das Erwerbsleben erleichtert und damit auch das Armutsrisiko von Familien gesenkt werden, sondern es soll auch Kindern aus armutsgefährdeten Verhältnissen frühzeitig die Chance zur kognitiven und emotionalen Entwicklung ebenso wie zur sozialen Integration bieten. Um einkommensbedingte Zugangsbarrieren zu verringern, bezuschussen die meisten europäischen Länder die frühkindliche Betreuung direkt oder indirekt. Nach Angaben der OECD liegen die Nettokosten einer Vollzeitbetreuung von zwei Kindern im Alter von zwei und drei Jahren im europäischen Durchschnitt bei 16% des Durchschnittslohns bzw. 12% des Familieneinkommens (OECD 2011)⁵. Die europaweit höchsten Betreuungskosten – mit bis zu einem Drittel des Familieneinkommens – fallen in UK und Irland an. Die geringste Belastung (< 5% des Familieneinkommens) entsteht für Eltern in Estland, Belgien, Polen und Griechenland. Danach folgen die nordischen Länder, Luxemburg, Lettland, Litauen, Ungarn, Tschechien, Deutschland und die Slowakei, mit Nettokosten zwischen 5 und 10% des Familieneinkommens. Mit 10 bis 20% wird das Familienbudget in Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Zypern etwas stärker belastet.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund Grafik 2, ist zunächst erkennbar, dass Einkommensarmut⁶, ähnlich wie Bildung, einen starken Einfluss auf die Betreuungsform des jüngsten Kindes hat. Frauen, die in armutsgefährdeten Verhältnissen leben, tendieren eher dazu, ihr Kind selbst zu betreuen bzw. nehmen wesentlich seltener externe Betreuung in Anspruch als Frauen in günstigeren Einkommensverhältnissen. Im europäischen Durchschnitt betreuen 7 von 10 Müttern in armutsgefährdeten Haushalten ihr jüngstes Kind selbst. Liegt das Haushaltseinkommen über der Armutsschwelle, trifft dies für weniger als die Hälfte der Mütter zu. Mehr oder weniger ausgeprägt zeigt sich dieses Muster in nahezu allen europäischen Ländern. Die relative Höhe der Betreuungsgebühren scheint in Hinblick auf die Art der Kinderbetreuung (Eltern versus extern) nicht in systematischer Weise zwischen einkommensschwachen und anderen Haushal-

Tabelle 2: Betreuung des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) nur durch die Eltern (in %)

	Bildungsabschluss ¹ der Mutter ²		
	einfach	mittel	hoch
LT	97	77	70
FI	88	78	70
DE	85	73	52
LV	84	80	60
PL	83	71	49
AT	81	65	47
BE	81	56	52
HU	81	81	68
BG	79	72	50
FR	79	48	27
SK	77	79	73
IE	74	67	51
IT	68	52	43
CY	61	45	23
ES	61	50	41
CZ	60	59	56
UK	60	42	37
LU	59	46	30
GR	57	42	15
SE	56	35	32
SI	56	43	35
NL	52	24	17
EE	48	52	44
NO	48	52	46
IS	42	42	38
RO	34	42	36
DK	27	25	27
alle 27 Länder	68	55	39

1) Isced 1997: einfach: Primarbereich und Sekundarstufe I; mittel: Sekundarstufe II und postsekundärer nicht-tertiärer Bereich (z.B. Berufsfachschule, Abitur); hoch: Tertiärbereich (Fachhochschul-, Universitätsabschluss)

2) Mütter von Kindern unter 3 Jahren
Datenbasis: EU-SILC, eigene Berechnungen

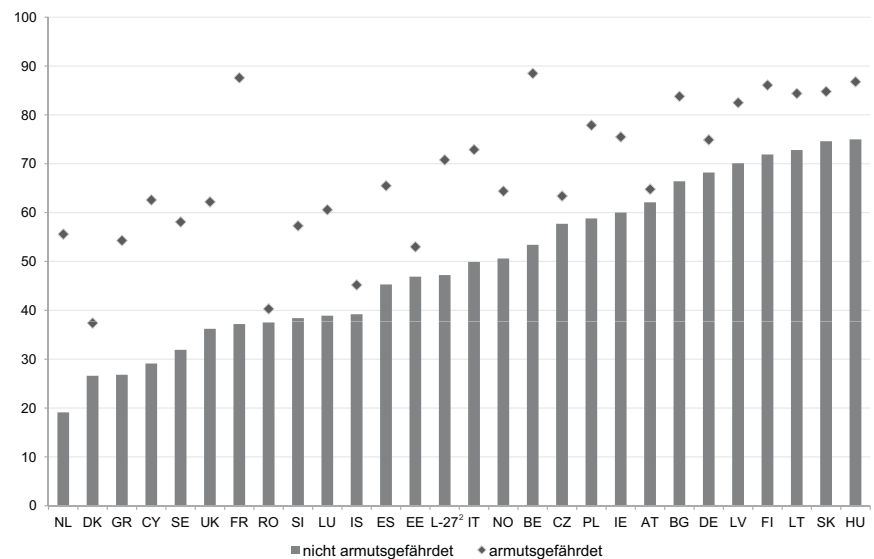
ten zu differenzieren. Dafür spricht, dass die stärksten Unterschiede nicht in UK und Irland zu beobachten sind, was man aufgrund der extrem hohen Betreuungskosten in diesen Ländern hätte erwarten können. Es sind vielmehr wiederum die Niederlande und Frankreich, gefolgt von Zypern und Griechenland, wo Armut – wie im Übrigen auch schon der Bildungsabschluss der Mutter – wesentlich stärker als in allen anderen Ländern darüber entscheidet, ob das jüngste Kind nur von den Eltern betreut oder zusätzlich externe Unterstützung in Anspruch genommen wird. In den Niederlanden betreuen Mütter in armutsgefährdeten Haushalten ihr jüngstes Kind etwa dreimal häufiger, in Frankreich mehr als zweimal häufiger, selbst ohne ergänzende institutionelle oder private Unterstützung als andere Mütter. Am wenigsten differenziert Armut in Österreich, Deutschland und den meisten osteuropäischen Ländern. Hier hat die Armutsgefährdung der Mutter kaum oder nur einen geringen Einfluss darauf, ob für die Betreuung des Kindes externe Hilfe in Anspruch genommen wird oder nicht. In den nordischen Ländern variiert die Spannweite hingegen zwischen vernachlässigbar (Island) über moderat (Dänemark, Finnland) bis hin

zu beachtlich (Schweden). Die in Schweden vom Armutsrisiko des Haushalts ausgehende Diskrepanz zwischen familiärer und externer Betreuung entspricht in etwa dem Niveau von Griechenland und UK. Über die Ursachen kann – ohne weitergehende Analysen – an dieser Stelle nur spekuliert werden, denn die Betreuungsgebühren in Schweden sind gering und das Betreuungsgeld wird auch bei Inanspruchnahme von öffentlichen Betreuungsangeboten gezahlt. Dennoch vermutet z. B. Nyberg (2008), dass die Einführung des Betreuungsgeldes in Schweden zu einer Zunahme der sozialen selektiven Nutzung der Betreuungsinfrastruktur führen könnte. Für die Überprüfung dieser These wäre eine zeitvergleichende Analyse notwendig, die den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Betreuungsform des jüngsten Kindes europaweit stark sozial selektiv ist. Lebt die Mutter in armutsgefährdeten Verhältnissen oder hat einen niedrigen Bildungsabschluss, besteht in nahezu allen Ländern eine verstärkte Tendenz zur ausschließlich elterlichen Betreuung. Dies ist insofern nicht völlig unerwartet als Armutsgefährdung wie auch der Bildungsabschluss in einem engen Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit stehen und es vor allem die erwerbstätigen Mütter sind, die bei der Betreuung ihrer Kleinkinder auf externe Unterstützung zurückgreifen. Allerdings – und dies ist ein überraschender Befund – ist die soziale Selektivität nicht etwa in jenen Ländern am größten, wo die Betreuungsinfrastruktur sehr schwach ausgebaut ist, also z. B. in Deutschland, Österreich und den meisten osteuropäischen Ländern. Die stärkste Selektivität findet sich vielmehr in Frankreich und den Niederlanden, also in Ländern mit durchaus umfangreichen Betreuungsmöglichkeiten, aber im europäischen Durchschnitt hohen Betreuungskosten. Die im Vergleich zu Deutschland stärkere soziale Selektivität ist hierbei im Wesentlichen nicht durch das Betreuungsverhalten der geringqualifizierten oder mit einem Armutsrisiko behafteten Mütter bedingt, die auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland zu ausschließlich elterlicher Betreuung ihres jüngsten Kindes neigen. Es sind vielmehr die hochqualifizierten und nicht-armutsgefährdeten Frauen in den Niederlanden und Frankreich, die ganz erheblich stärker als in Deutschland externe Betreuungsformen nutzen. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass mit dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Deutschland, in Kombination mit der anstehenden Einführung des Betreuungsgeldes, das Ausmaß der sozial selektiven Kinderbetreuung in Deutschland steigen wird. Denn bei ungünstigen Einkommensverhältnissen führen Betreuungsgebühren zu einer zusätzlichen Belastung, das Betreuungsgeld hingegen zu einer Entlastung des Familienbudgets.

- 1 Für ausführliche Informationen zu EU-SILC vgl. <http://www.gesis.org/unserangebot/daten-analysieren/amtlichemikrodaten/european-microdata/eu-silc/>.
- 2 Für eine ausführliche Darstellung der EU-

Grafik 2: Ausschließlich elterliche Betreuung des jüngsten Kindes (unter 3 Jahren) nach Armutsstatus des Haushalts¹ (in %)



1) Bezogen auf Mütter mit Kindern unter 3 Jahren ; 2) L-27: Alle 27 untersuchten Länder

Datenbasis: EU-SILC, eigene Berechnungen

SILC in Hinblick auf Potenziale und Restriktionen für die Analyse der Kinderbetreuung siehe Wolf/Grgic (2009).

- 3 Die in Frankreich für die Betreuung der jüngsten Kinder wichtigen ‚assistantes maternelles‘ werden seit 2008 unter der Kategorie ‚formale bzw. institutionelle Betreuung‘ eingeordnet. Die ‚assistantes maternelles‘ werden zwar von den Eltern angestellt und bezahlt, es handelt sich aber um eine lizenzierte Betreuungsform, für welche die Eltern finanzielle Beihilfe erhalten.
- 4 Wir orientieren uns hier an der in entsprechenden Studien üblichen Vorgehensweise; demnach ist das Erwerbsverhalten von Müttern – wenn mehrere Kinder im Haushalt leben – primär durch das Alter des jüngsten Kindes beeinflusst (Büchel/Spieß 2002).
- 5 Bezogen auf die institutionelle Betreuung (Krippen, Kindertagesstätten etc.): Nettokosten sind definiert als die von den Institutionen erhobenen Gebühren minus direkte und indirekte monetäre Transferleistungen, d. h. die für die Eltern tatsächlich anfallenden Gebühren. Die Angaben bilden das obere Ende der Gebührenskala ab, d. h. eine Staffelung nach Einkommen oder anderen sozialen Kriterien ist nicht berücksichtigt <http://www.oecd.org/dataoecd/52/11/42004407.pdf>.
- 6 Das Armutsrisiko eines Haushaltes wird anhand des Haushaltsäquivalenzeinkommens bestimmt. Beträgt das verfügbare Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des nationalen Nettoäquivalenzeinkommens (Median) gilt der Haushalt als armutsgefährdet.

Büchel, F., Spieß, C.K., 2002: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BM-FSJ), Band 220. Stuttgart: Kohlhammer.

KOM (2008) 638: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Umsetzung der Barcelona-Ziele auf dem Gebiet der Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter“.

Kreyenfeld, M., Krapp, S., 2010: Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung. In: Becker, R., Lauterbach, W. (Hg.), Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, S. 107-128. Wiesbaden: VS Verlag.

Nyberg, A., 2008: The provision of childcare services in Sweden. Expert Group on Gender and Employment issues (EGGE) report for the European Commission Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal opportunities.

OECD, 2011: OECD Family Database, OECD, Paris.

Plantenga, J., Remery, C., 2009: The provision of childcare services – A comparative review of 30 European countries.

Scheuer, A., Dittmann, J., 2007: Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), 38: 1-5.

Steiber, N., Haas, B., 2010: Begrenzte Wahl: Gelegenheitsstrukturen und Erwerbsmuster in Paarhaushalten im europäischen Vergleich. KZfSS 62 (2): 247-276.

Wolf, K., Grgic, M., 2009: Kindertagesbetreuung im europäischen Vergleich. Die Chancen von EU-SILC und die aktuellen Grenzen. DJI: München.

■ Heike Wirth und Verena Lichtenberger, GESIS

Tel. 0621 / 1246-269

heike.wirth@gesis.org

Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht

Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland

Die soziale und ökonomische Ungleichheit hat – folgt man der Berichterstattung der Medien und Studien internationaler Organisationen – in den zurückliegenden Jahren oder sogar Jahrzehnten in vielen Gesellschaften – darunter auch Deutschland – nicht unerheblich zugenommen. Das gilt in besonderem Maße für die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen, wie z. B. aus Studien der OECD (2008, 2011) hervorgeht. Ursachen für diese Entwicklung werden in Veränderungen demographischer und sozialer Strukturen sowie in der Deregulierung der Arbeitsmärkte, aber nicht zuletzt auch in der Finanzkrise gesehen. Ob und wie soziale und ökonomische Ungleichheit die Wohlfahrt und Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen, ist gegenwärtig Gegenstand intensiver und zum Teil auch kontroverser Diskussionen. Aber wenn die Behauptung zutreffen sollte, dass „der Abbau von Ungleichheiten der beste Weg zur Verbesserung unserer sozialen Lebenswelt und damit der Lebensqualität für alle ist“ (Wilkinson/Pickett 2010: 44), muss eine Zunahme der Ungleichheit Besorgnis erwecken.

Wie viel Ungleichheit in der Verteilung von Ressourcen und Belohnungen akzeptabel, erträglich oder gar für das gesellschaftliche Wohl erforderlich erscheint, und ab wann sie als inakzeptabel und unerträglich betrachtet und zu einer gesellschaftlichen Belastung wird, lässt sich jedoch nicht unabhängig von Zeit und Raum bestimmen, sondern hängt davon ab, ob und inwieweit „sie aus der Sicht der Gesellschaftsmitglieder mit geltenden Wertvorstellungen – wie z. B. Gleichheitsidealen ... kollidiert“ (Noll/Christoph 2004: 97). Ungleichheit kann daher durchaus gerechtfertigt und legitim erscheinen, ist aber in modernen und demokratisch verfassten Gesellschaften auch legitimationsbedürftig.

Obwohl die Sicht und Einstellungen der Bürger aus dieser Perspektive von zentraler Bedeutung sind, bleibt in der öffentlichen Diskussion vielfach unbeachtet, wie das Ausmaß der Ungleichheit und die gewachsenen Einkommens- und Wohlstandsdifferenzen von der Bevölkerung subjektiv perzipiert und bewertet werden. Diese Thematik steht im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags, der sich nach einer kurzen Betrachtung der Entwicklung der faktischen Einkommensungleichheit insbesondere mit den folgenden Fragen beschäftigt:

- Wie werden das Niveau und die Entwicklung von Ungleichheit von der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet?
- Entsprechen die Verteilungsergebnisse und -prinzipien den vorherrschenden Wertvorstellungen und Idealen in der Bevölkerung und werden sie vor diesem Hintergrund als legitim angesehen?
- Wie wirken sich die Stellung in der Ungleichheitsstruktur sowie die Wahrnehmung und Bewertung von Verteilungsergebnissen und -prinzipien auf das subjektive Wohlbefinden aus?

Die Analysen konzentrieren sich im Wesent-

lichen auf Deutschland, das aber punktuell auch in einem internationalen Kontext betrachtet wird. Die Analysen zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Ungleichheit stützen sich auf die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften in Deutschland (ALLBUS) und des International Social Survey Programme (ISSP), insbesondere die Erhebungen von 2010¹. Die Analysen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland basieren auf dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)².

Zunehmende Ungleichheit der Einkommen in Deutschland

Betrachtet man zunächst wie sich die tatsächliche Verteilung der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland über die vergangenen zwei Jahrzehnte entwickelt hat, so ist tendenziell eine Zunahme der Ungleichheit festzustellen. Der Gini-Index, der als ein zusammenfassendes Maß der Ungleichverteilung Werte zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1 (vollkommene Konzentration) annehmen kann, ist für diese Einkommensgröße zwischen 1992 und 2010 in Westdeutschland von .25 auf .29 und in Ostdeutschland von .21 auf .25 gestiegen (Tabelle

1). Eine ähnliche Tendenz einer zunehmenden Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen zeigt sich auch dann, wenn man das Verhältnis der Einkommen im höchsten zum niedrigsten Dezil als ein alternatives Verteilungsmaß zugrunde legt. Während die 10% der Haushalte mit den höchsten Einkommen 1992 in Westdeutschland noch das 5,1-fache der Einkommen der Haushalte im untersten Dezil erhielten, bezogen sie 2010 das 6,8-fache Einkommen. In Ostdeutschland hat sich die entsprechende Relation zwischen 1992 und 2010 von 3,8 auf 5,1 erhöht. Damit ist in Deutschland über die vergangenen beiden Jahrzehnte eine zwar vergleichsweise moderate, aber doch unzweifelhafte Zunahme der Einkommensungleichheit zu konstatieren. Bezogen auf das Ausmaß der Einkommensungleichheit nimmt Deutschland mit einem Wert des Gini-Index, der nur knapp unterhalb des EU-27 Durchschnitts liegt, im europäischen Vergleich eine mittlere Position ein. Ein Anstieg der Einkommensungleichheit, wie er in Deutschland über die vergangenen beiden Jahrzehnte zu beobachten war, stellt im europäischen Vergleich allerdings eher eine Ausnahme dar, so dass von einer vielfach suggerierten universellen Zunahme der Ungleichheit nicht die Rede sein kann³.

So komplex und vielschichtig die Frage der sozio-ökonomischen Ungleichheit selbst ist, so vieldimensional sind auch die diesbezüglichen subjektiven Sichtweisen und Einstellungen. Dazu gehören insbesondere verschiedene auf soziale und ökonomische Ungleichheit bezogene Perzeptionen, Präferenzen und Bewertungen. Untersuchungen haben wiederholt gezeigt, dass derartige Einstellungen entlang einer Achse strukturiert sind, die von kritisch-egalitärer Ablehnung bis zu affirmativ-legitimierender Zustimmung gegenüber den in einer Gesellschaft vorherrschenden Ungleichheitsstrukturen reicht. Quer zu dieser Strukturierung lassen sich verschiedene inhaltliche Einstellungsdimensionen unterscheiden, wie z. B. gleichheitsbezogene Wertorientierungen und Ideale, Perzeptionen und Bewertungen von Verteilungen oder Einstellungen zu Legitimationsprinzipien und -mechanismen⁴.

Einkommensunterschiede in Deutschland werden überwiegend als zu groß erachtet

Die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen und andere Formen der Ungleichheit gewinnen ihre Bedeutung für das individuelle

Tabelle 1: Einkommensungleichheit¹ in Deutschland

	Gini-Index			Einkommensvielfache des 10. zum 1. Dezil ²		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
1992	0,26	0,25	0,21	5,3	5,1	3,8
1995	0,27	0,27	0,22	5,9	6,2	4,0
2000	0,26	0,26	0,22	5,7	5,9	4,4
2005	0,28	0,28	0,25	6,2	6,4	4,7
2010	0,29	0,29	0,25	6,6	6,8	5,1

1) Haushaltsnettoeinkommen (Vorjahr) äquivalenzgewichtet mit modifizierter OECD-Skala

2) Bezogen auf jeweilige Summe der Einkommen

Datenbasis: SOEP 1984-2010

Handeln oder auch das Wohlbefinden vielfach erst als subjektiv wahrgenommene und bewertete Ungleichheit. Fragt man danach, wie die Verteilung der Einkommen aus der Sicht der Bürger wahrgenommen wird, so zeigt sich, dass eine überwältigende Mehrheit der Deutschen die Einkommensunterschiede hierzulande kritisch betrachtet und als „zu groß“ bewertet¹. In Westdeutschland teilten diese Einschätzung 2010 87% der Befragten und in Ostdeutschland mit 96% nahezu die gesamte Bevölkerung (Grafik 1)⁶. Im Vergleich zu 1999 hat sich die kritische Perzeption der bestehenden Einkommensverteilung wieder verstärkt, nachdem zwischen 1992 und 1999 eine Abschwächung zu beobachten war. Erwartungsgemäß nimmt der Anteil derjenigen, die die Einkommensunterschiede als zu groß bewerten, mit steigendem Einkommen und Bildungsniveau etwas ab (Tabelle 2).

Ähnlich wie bei der faktischen Einkommensungleichheit, nimmt Deutschland auch bei der subjektiven Perzeption und Bewertung der Einkommensunterschiede im internationalen Vergleich insgesamt eine mittlere Position ein, wobei sich die Sichtweise der ostdeutschen Bevölkerung jedoch auch im internationalen Maßstab als extrem ungleichheitskritisch erweist. Aufschlussreich ist eine Klassifizierung der Länder nach dem – am Gini-Index gemessenen – Grad ihrer faktischen Ein-

kommensungleichheit und der Bewertung der Einkommensunterschiede aus der Sicht ihrer Bevölkerungen, wie sie in Grafik 2 dargestellt ist. Anhand der Kombination der beiden Merkmale lassen sich mehrere Ländercluster unterscheiden: Verschiedene mittel-/osteuropäische Länder (Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) bilden zusammen mit Österreich ein Cluster, das sich durch ein niedriges Niveau der Einkommensungleichheit auszeichnet, die aber von den jeweiligen Bevölkerungen dennoch weit überwiegend als zu groß betrachtet wird. Die skandinavischen Länder bilden dagegen zusammen mit Belgien und Zypern ein Cluster, das ebenfalls durch eine niedrige Einkommensungleichheit gekennzeichnet ist, an der aber die Bürger dieser Länder auch weniger Anstoß nehmen. Bulgarien und Lettland stellen zusammen mit Portugal und Spanien eine Gruppe von Ländern dar, die durch eine sehr hohe Einkommensungleichheit charakterisiert sind, die von der jeweiligen Bevölkerung fast ausnahmslos kritisch betrachtet wird, während die angelsächsischen Länder Australien, Großbritannien und die USA eine Gruppierung bilden, wo eine vergleichsweise hohe Einkommensungleichheit mit einer weitgehenden Ungleichheitstoleranz der Bürger einhergeht. Besonders prägnant zeigt sich diese Konstellation in den USA. Wie aus der Gegenüberstellung hervorgeht, können – je nach vorherrschender Wertorientierung – sowohl ausgeprägte Ungleichheiten akzeptiert

werden, als auch vergleichsweise egalitäre Verteilungen Anlass zur Beanstandung und Unbehagen geben, wenn sie den hohen Gleichheitsansprüchen in der jeweiligen Bevölkerung nicht genügen. Deutschland gehört zusammen mit Ländern wie Frankreich, der Schweiz und Polen zu einem Ländercluster, das durch eine moderate Einkommensungleichheit sowie eine zugleich vergleichsweise ausgeprägte Ungleichheitsaversion der Bürger gekennzeichnet ist.

Neben der Verteilung der Einkommen stellt auch die Verteilung der Bildungschancen eine zentrale Dimension der sozialen Ungleichheit dar. Chancengleichheit im Sinne gleicher Bildungschancen impliziert die Vorstellung, dass eine Ungleichverteilung der Verteilungsergebnisse, z. B. in Form ungleicher Einkommen, zumindest in gewissem Umfang gerechtfertigt sein kann, sofern garantiert ist, dass alle Bürger über die gleichen – d. h. nur durch Begabung und individuelle Fähigkeiten, nicht aber durch finanzielle oder andere herkunftsbedingte Barrieren limitierte – Ausgangsbedingungen und Startchancen verfügen.

Mehrheit der Bevölkerung glaubt nicht an gleiche Bildungschancen in Deutschland

Die Überzeugung, dass das Prinzip der Gleichheit der Bildungschancen in Deutschland verwirklicht ist, d. h. „heute jeder die Möglichkeit

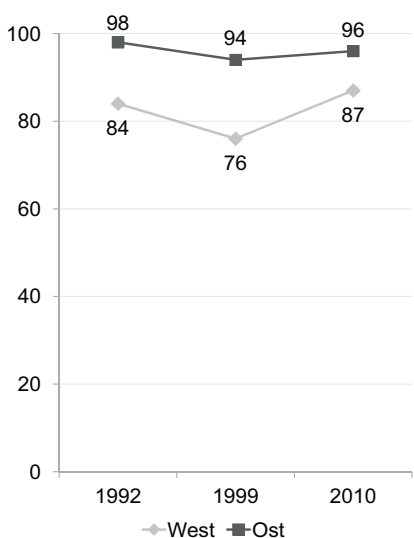
Tabelle 2: Einstellungen zu sozialer Ungleichheit nach soziodemografischen Merkmalen (in %)

	Einkommensunterschiede zu groß ¹	Ausbildung allein nach Begabung ²	Einkommen sollte sich auch nach Bedarf richten ³	Einkommensunterschiede als Motivation erforderlich ³	Soziale Unterschiede gerecht ³	Erhalte keinen gerechten Anteil am Lebensstandard ⁴
Gesamtdeutschland	89	39	58	60	28	40
Westdeutschland	87	41	58	62	30	35
Ostdeutschland	96	33	56	53	19	63
Schulabschluss						
kein/Hauptschule	94	44	67	70	29	47
Realschule	94	36	55	57	27	42
Abitur/FH-Reife	78	37	48	51	27	29
noch Schüler/Sonst.	88	50	69	67	32	35
Alter						
18-35 Jahre	86	38	54	56	26	38
36-50 Jahre	89	34	52	55	25	42
51-65 Jahre	88	42	60	61	28	45
66+ Jahre	91	46	65	70	33	34
Geschlecht						
Männlich	86	43	57	62	32	39
Weiblich	91	36	58	58	24	41
Haupttätigkeit						
Bezahlte Erwerbstätigkeit	88	36	52	57	26	41
In Ausbildung	87	43	55	47	25	25
Arbeitslos	89	34	75	60	17	71
Im Ruhestand	91	46	64	68	32	38
Hausarbeit	85	38	67	66	33	29
Einkommensquintile ⁵						
1. Quintil	92	37	71	60	26	62
2. Quintil	90	41	63	62	28	50
3. Quintil	94	41	60	58	26	41
4. Quintil	87	35	51	59	27	31
5. Quintil	80	39	43	59	31	22

1) Datenbasis: ISSP 2009/2010; N=1388; % – stimme voll zu / stimme zu; 2) % – ja; 3) % – stimme voll zu / stimme zu; 4) % – etwas weniger / sehr viel weniger; 5) Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit modifizierter OECD-Skala

Datenbasis: ALLBUS 2010; N=2827

Grafik 1: Wahrnehmung der Einkommensunterschiede als zu groß (in %)



Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu
 Datenbasis: ISSP 1992, 1999, 2009/2010

hat, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden“, wird gegenwärtig jedoch nur von einer Minderheit der Bevölkerung geteilt⁷. Im Jahre 2010 wurde die Existenz gleicher sowie den eigenen Fähigkeiten und Begabungen entsprechenden Bildungschancen von lediglich 41% der Westdeutschen und sogar nur einem Drittel der Ostdeutschen bejaht (Tabelle 2). Damit betrachten mehr als 60% der Deutschen das Ziel gleicher Bildungschancen hierzulande als nicht verwirklicht und stellen dem deutschen Bildungssystem insofern ein schlechtes Zeugnis aus. Frauen beurteilen die Verwirklichung der Chancengleichheit im Allgemeinen skeptischer als Männer und Jüngere skeptischer als Ältere. Das Haushaltseinkommen spielt dagegen bei der Beurteilung der Bildungschancen so gut wie keine Rolle.

Bemerkenswert ist nicht zuletzt auch die im Zeitverlauf zunehmende Skepsis gegenüber der Verwirklichung der Chancengleichheit im Bildungssystem, die in Westdeutschland zu beobachten ist. Hier ist der Anteil derjenigen, die die Verwirklichung gleicher Bildungschancen bejahen, zwischen 1994 (64%) und 2008 (40%) um 24 Prozentpunkte gesunken (Grafik 3). In Ostdeutschland hat sich die Beurteilung dagegen im Zeitverlauf weniger verändert: Nach einer zwischenzeitlich etwas positiveren Beurteilung, betrachten dort – wie schon 1994 – zwei Drittel der Bevölkerung die Chancengleichheit in der Bildung als nicht verwirklicht.

Von der Wahrnehmung der Ungleichheit in der Verteilung zentraler Ressourcen und Güter zu unterscheiden ist deren Legitimation und Bewertung aus der Sicht der Bürger. Während es bei der Wahrnehmung der Verteilungsergebnisse und -voraussetzungen darum geht, wie die Funktionsweise und Effekte der Ungleichheit produzierenden Mechanismen einer Gesellschaft perzipiert werden, geht es bei der Frage nach der Legitimation und Bewertung um Verteilungsprinzipien und die Gerechtig-

keit der Verteilungsergebnisse. Eine ungleiche Verteilung von Ressourcen und Belohnungen kann unterschiedlich legitimiert werden. Die in modernen Gesellschaften zumeist vorherrschenden Legitimationsprinzipien und -mechanismen sind das Leistungsprinzip sowie das Postulat der Chancengleichheit, wonach der einzelne Bürger über Qualifikation und Leistung für seinen eigenen Erfolg oder Misserfolg letztlich selbst verantwortlich ist. Diese Form der Legitimation steht zumindest partiell im Widerspruch zu Verteilungskonzepten, die sich auf Bedarfsgesichtspunkte und andere leistungsunspecifische Kriterien stützen und damit auch dem Staat eine Schlüsselrolle und Mitverantwortung für die Verteilung der Produktionsergebnisse zuschreiben.

Verteilung der Einkommen sollte sich nicht nur an Leistung, sondern auch an Bedarfskriterien orientieren

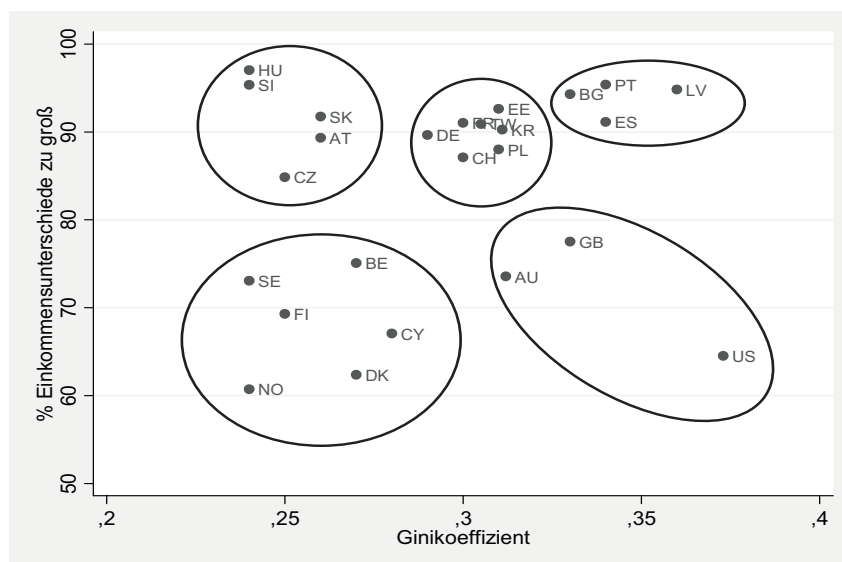
Inwieweit das Leistungsprinzip uneingeschränkt gelten oder sich die Verteilung auch an Bedarfsgesichtspunkten orientieren sollte, wird an der Zustimmung zu der folgenden Aussage gemessen: „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht“. Eine derartige Relativierung des Leistungsprinzips durch Bedarfsgesichtspunkte befürworten im Jahre 2010 mit 58% der westdeutschen und 56% der ostdeutschen Befragten eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung (Tabelle 2). Die Ansicht, dass sich die Höhe des Einkommens auch nach Bedarfsgesichtspunkten richten solle, wird von älteren Befragten häufiger vertreten als von jüngeren und von Personen mit niedrigem Schulabschluss häufiger als von höher gebildeten. Erwartungsgemäß nimmt die Zustimmung zu einer Relativierung des Leistungsprinzips durch Bedarfskriterien mit steigendem Haushaltseinkommen ab.

Nachdem der Anteil derjenigen, die der Ansicht

zustimmen, dass sich die Höhe des Einkommens auch nach Bedarfsgesichtspunkten richten solle⁸, in Westdeutschland vor 2010 immer unterhalb der 50%-Grenze lag und über die gesamte Beobachtungsperiode seit 1984 nur leichten Schwankungen unterworfen war, ist der starke Anstieg um nahezu 20 Prozentpunkte zwischen 2004 und 2010 ebenso bemerkenswert wie überraschend (Grafik 4). Auch in Ostdeutschland ist in diesem Zeitraum – auf höherem Niveau – ein allerdings schwächerer weiterer Anstieg zu beobachten. Über die Gründe für diese Entwicklung kann vorerst nur spekuliert werden. Manches spricht jedoch für die Vermutung, dass die zunehmende Verbreitung der Ansicht, dass neben der Leistung auch Bedarfsgesichtspunkte bei der Verteilung der Einkommen eine Rolle spielen sollten, auch ein Reflex auf die anhaltende Mindestlohndebatte und die beachtliche Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigungen darstellen könnte, die es vielfach nicht ermöglichen, „eine Familie zu ernähren“, ohne zusätzliche Transferleistungen in Anspruch zu nehmen.

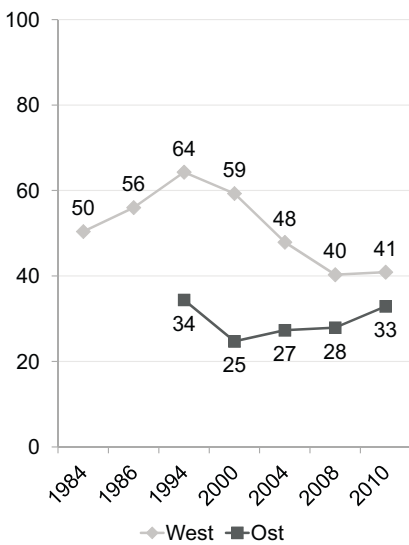
Dass Ungleichheit im Allgemeinen und Einkommensdifferenzen im Besonderen erforderlich seien, um Leistungsanreize zu bieten, ist eine weitverbreitete These, die sich auch in dem aus der politischen Diskussion bekannten Slogan „Leistung muss sich (wieder) lohnen“ manifestiert. In der Soziologie ist die These, dass differentielle Belohnungen in Form von Einkommen und Prestige als Anreize für die Leistungserfüllung in unterschiedlich relevanten und anspruchsvollen Rollen und Positionen erforderlich und damit legitim seien, aus der funktionalistischen Schichtungstheorie bekannt. Wie aber steht die Bevölkerung zu dieser Behauptung? Der Aussage „nur wenn die Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung“ stimmten 2010 60% der Befragten zu, wobei die Zustimmung in Westdeutschland (62%) höher ausfällt als in

Grafik 2: Wahrnehmung der Einkommensunterschiede als zu groß und Gini-Index im internationalen Vergleich



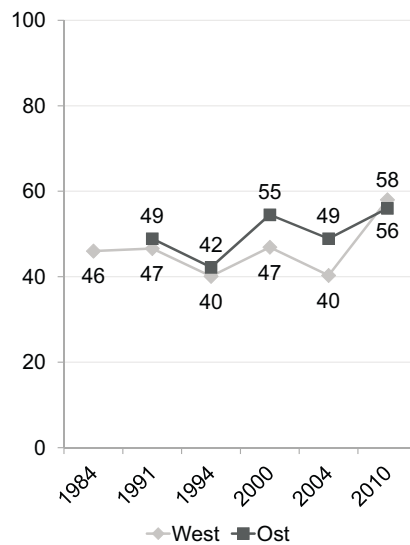
Datenbasis: ISSP 2009/2010; Gini-Index: Social Indicators Monitor (SIMon); USA, AU: LIS-Database

Grafik 3: Ausbildung allein nach Begabung (in %)



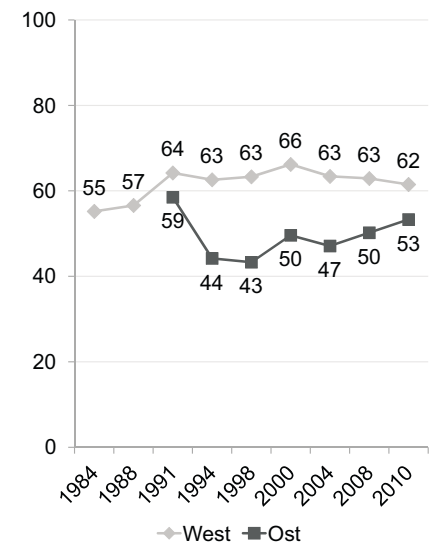
Anteile in % – ja
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Grafik 4: Einkommen sollte sich auch nach Bedarf richten (in %)



Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Grafik 5: Einkommensunterschiede als Motivation erforderlich (in %)



Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Ostdeutschland (53%) (Tabelle 2). Die Häufigkeit der Zustimmung steigt mit dem Alter, aber nimmt mit steigendem Bildungsniveau ab: Je höher die Bildung desto eher wird das Erfordernis ungleicher Belohnungen als Anreiz für Leistung in Frage gestellt. Überraschen mag der Befund, dass die Zustimmung zu der Aussage, dass Unterschiede in Einkommen und Ansehen als Leistungsanreize erforderlich seien, nicht mit dem Haushaltseinkommen variiert, d. h. bei den Beziehern hoher Einkommen auf genauso viel oder wenig Resonanz stößt, wie bei den Beziehern niedriger Einkommen. Im zeitlichen Verlauf hat sich die Zustimmung zu der Auffassung, dass Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen als Anreiz für persönliche Leistung erforderlich seien⁹, in Westdeutschland seit dem Beginn der 1990er Jahre – von leichten Schwankungen abgesehen – nur wenig verändert und lag durchgängig bei etwas über 60% (Grafik 5). In Ostdeutschland findet diese Ansicht heute etwas mehr Zustimmung als noch in der Mitte der 1990er Jahre, aber auch hier sind die Veränderungen nicht dramatisch.

Neben der Haltung zu Legitimationsprinzipien und Verteilungsnormen ist für die Akzeptanz und Legitimation der Ungleichheit der Lebensverhältnisse vor allem auch von Bedeutung, ob die Bevölkerung die perzipierte Verteilung von Ressourcen und Belohnungen, wie z. B. die Verteilung von Einkommen und Vermögen, aber auch die differentiellen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, subjektiv als gerecht empfindet. Nicht zuletzt daraus erklärt sich auch der hohe Stellenwert der Gerechtigkeits-thematik im politischen Diskurs und im Parteienwettbewerb. Bei der subjektiven Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit ist eine Makro- und eine Mikroperspektive zu unterscheiden: Aus der Makroperspektive betrachtet geht es darum zu bewerten, ob und inwieweit die Verteilung insgesamt als gerecht angesehen werden kann. Darüber hinaus stellt sich aber aus der individuellen Perspektive auch die Frage, ob und

inwieweit die Befragten den Anteil, den sie selbst am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten, als gerecht erachten. Auch wenn kaum zu erwarten ist, dass Personen, die der Ansicht sind einen zu geringen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, die Verteilung insgesamt als gerecht bewerten, erscheint es andererseits durchaus denkbar, dass die Verteilung des Wohlstands insgesamt als ungerecht angesehen wird, auch wenn man seinen eigenen Anteil daran als gerecht beurteilt.

Nur Minderheit betrachtet die sozialen Unterschiede in Deutschland als gerecht

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, wird die Verteilungsgerechtigkeit in Ost und West nach wie vor unterschiedlich beurteilt: 2010 sahen 30% der westdeutschen gegenüber 19% der ostdeutschen Befragten die „sozialen Unterschiede in unserem Land“ als gerecht an¹⁰. Hier wie dort beurteilen damit mehr als zwei Drittel der Bevölkerung die bestehenden sozialen Unterschiede in der deutschen Gesellschaft als nicht gerecht. Diese Einschätzung wird von nahezu allen Gruppen der Gesellschaft geteilt und variiert nur wenig mit sozio-ökonomischen Merkmalen wie Alter, Bildung und Einkommen. Dass Arbeitslose die sozialen Unterschiede noch seltener als gerecht bewerten als andere Gruppen, ist wenig überraschend. Erstaunlicher, wenn auch nicht ganz neu, ist der Befund, dass Frauen Ungleichheiten vielfach weniger tolerieren und die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft häufiger als ungerecht perzipieren als Männer.

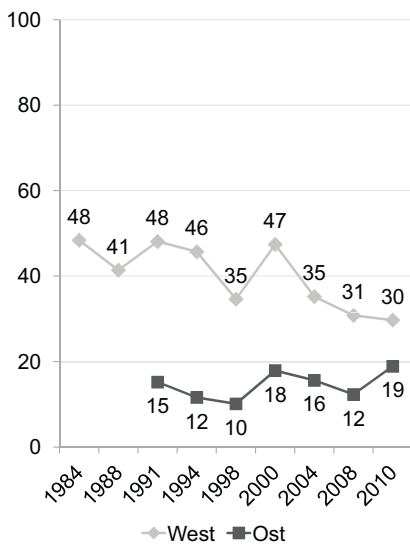
Während sich die Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit in Ostdeutschland – von Schwankungen abgesehen – im Beobachtungszeitraum seit 1991 kaum verändert hat, ist in Westdeutschland ein klarer Trend zu einer kritischeren Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit zu konstatieren: Während im Jahr 2000 noch nahezu die Hälfte der Westdeutschen die

sozialen Unterschiede als gerecht ansahen, ist dieser Anteil in dem darauffolgenden Jahrzehnt auf weniger als ein Drittel gesunken (Grafik 6). Ohne die Ursachen dafür empirisch exakt identifizieren zu können, liegt die Vermutung nahe, dass zwischenzeitliche gesellschaftliche Entwicklungen, die z. T. vermutlich auch die bereits festgestellte Zunahme der faktischen Ungleichheit verursacht haben, wie z. B. veränderte Arbeitsmarktstrukturen und die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen, dazu einen Beitrag geleistet haben. Darüber hinaus könnte aber auch eine zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber Verteilungsfragen, z. B. infolge der Banken- und Finanzkrise sowie die damit einhergehende Diskussion über Managergehälter, Bonuszahlungen und ähnliche als ungerechtfertigt angesehene Privilegierungen von Eliten dazu geführt haben, dass die sozialen Unterschiede zunehmend als ungerecht wahrgenommen werden. In Ostdeutschland wurde die Ansicht, dass die sozialen Unterschiede gerecht seien, auch in den früheren Jahren immer nur von einer Minderheit von weniger als einem Fünftel der Bevölkerung vertreten, so dass hier möglicherweise bereits eine Untergrenze erreicht ist.

Ein Drittel der Westdeutschen, aber zwei Drittel der Ostdeutschen glauben nicht, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten

Auch bei der Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit aus der Mikroperspektive unterscheiden sich die Deutschen in Ost und West nach wie vor beträchtlich: Im Jahr 2010 glaubten 35% der Westdeutschen, aber 63% der Ostdeutschen, weniger als den ihnen gerechterweise zustehenden Anteil an dem zu erhalten, was Wirtschaft und Gesellschaft zu verteilen haben (Tabelle 2). Erwartungsgemäß ist die Beurteilung, ob man selbst das erhält was man als gerecht erachtet, eng mit dem sozio-ökonomischen Status korreliert: Je niedriger

Grafik 6: Soziale Unterschiede gerecht (in %)



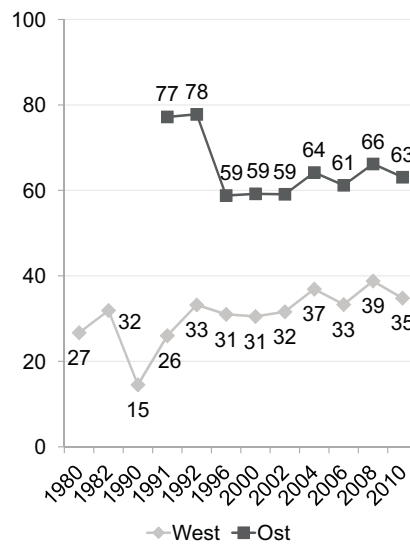
Anteile in % – stimme voll zu / stimme zu
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

das Bildungsniveau und das Haushaltseinkommen, desto höher ist der Anteil derjenigen, die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten.

In Westdeutschland hat sich diese Einschätzung über den gesamten Zeitraum seit 1992 – von kleineren Schwankungen abgesehen – kaum verändert und bleibt im Zeitverlauf weitgehend stabil (Grafik 7)¹¹. Der Anteil derjenigen, die glauben weniger als ihren gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard zu erhalten, lag hier auch in den früheren Beobachtungsjahren zumeist bei rund einem Drittel der Befragten. Während in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre und des damaligen turbulenten Transformationsgeschehens noch nahezu acht von zehn Befragten überzeugt waren, weniger als den ihnen gerechterweise zustehenden Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, ist dieser Anteil in der Mitte der neunziger Jahre auf rund zwei Drittel zurückgegangen und hat sich seitdem auf diesem nach wie vor hohen Niveau stabilisiert.

Die Frage, ob und wie sich die Wahrnehmung und Bewertung von Ungleichheit auf das subjektive Wohlbefinden auswirkt, wird derzeit – vor allem durch die Studie von Wilkinson und Pickett (2010) angeregt – intensiv diskutiert. Dabei geht es nicht nur darum, ob es sich in egalitären Gesellschaften besser lebt als in durch starke Ungleichheit geprägten und z. B. Statusunbehagen (Delhey 2012) erzeugenden sozialen Strukturen, sondern auch um die Frage, ob sich das Ausmaß der wahrgenommenen sozialen Unterschiede und eine Aversion gegenüber Ungleichheit negativ auf das eigene Wohlbefinden auswirken. Vorliegende Befunde (Alesina et al. 2003) deuten z. B. darauf hin, dass Ungleichheit das subjektive Wohlbefinden in europäischen Ländern stärker beeinträchtigt als in den USA, wo die Ungleichheit zwar im Durchschnitt stärker ausgeprägt ist, aber auch eher akzeptiert und toleriert wird.

Grafik 7: Erhalte keinen gerechten Anteil am Lebensstandard (in %)



Anteile in % – etwas weniger / sehr viel weniger
Datenbasis: ALLBUS 1980-2008, ALLBUS 2010

Die Frage ob und wie sich die Wahrnehmung und Bewertung von Ungleichheit auf das individuelle subjektive Wohlbefinden auswirkt, wurde mithilfe von Regressionsanalysen geprüft (Tabelle 3). Als abhängige Variable und Maß für das subjektive Wohlbefinden wurde dabei die im ALLBUS 2010 erstmals erhobene Lebenszufriedenheit verwendet. Untersucht wird dabei der Einfluss der folgenden Dimensionen der Ungleichheitsperzeption und -bewertung, die als unabhängige Variablen in die Analyse eingehen:

- Wahrnehmung und Lokalisierung der eigenen Position in der Schichtungshierarchie.
- Wahrnehmung und Bewertung der Bildungschancen.
- Subjektive Beurteilung der Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede.
- Subjektive Beurteilung der Gerechtigkeit des eigenen Anteils am allgemeinen Lebensstandard.

Um den originären Einfluss dieser Variablen auf die Lebenszufriedenheit bestimmen zu können, wurden verschiedene Modellrechnungen durchgeführt, in denen eine Reihe von Variablen

kontrolliert werden, von denen aus anderen Studien bekannt ist (Noll/Weick 2010), dass sie mit der Lebenszufriedenheit korreliert sind.

Perzipierte Ungleichheit und Ungerechtigkeit beeinträchtigen subjektives Wohlbefinden

Für die betrachteten Dimensionen der Wahrnehmung und Bewertung der Ungleichheit bestätigen die Befunde der Analysen ausnahmslos den erwarteten Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit. Besonders stark wird die Lebenszufriedenheit offenbar davon beeinflusst, ob Personen glauben, selbst ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Personen, die diese Frage positiv beantworten, sind mit ihrem Leben – ceteris paribus – deutlich zufriedener als Personen, die überzeugt sind „zu kurz zu kommen“ und im Wettbewerb benachteiligt zu werden. Der Befund, dass die Lebenszufriedenheit auch mit der Perception der Bildungschancen und der Gerechtigkeitsbewertung der sozialen Unterschiede zusammenhängt, deutet zudem darauf hin, dass sich wahrgenommene soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit negativ auf das subjektive Wohlbefinden auswirken. Schließlich hat die Analyse ergeben, dass die Lebenszufriedenheit darüber hinaus auch mit der subjektiven Schichtestufung, d. h. der Verortung der eigenen sozialen Position in der Struktur sozialer Schichtung, zusammenhängt: Wer sich der Unter- oder Arbeiterschicht zugehörig fühlt, ist mit dem Leben tendenziell weniger zufrieden als Personen, die sich mit der Mittel- oder Oberschicht identifizieren. Der Befund, dass sich dieser Effekt auch dann als statistisch signifikant erweist, wenn das Haushaltseinkommen und das Bildungsniveau kontrolliert werden, stützt die These eines eigenständigen Effekts der subjektiven Schichtidentifikation auf das subjektive Wohlbefinden.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass mit der Zunahme der sozioökonomischen Ungleichheit in Deutschland offenbar auch die Sensitivität der Bürger gegenüber Ungleichheit und Ungerechtigkeit gestiegen ist und kritische Einstellungen dazu an Verbreitung gewonnen haben. Das gilt für die Beurteilung der Verteilungsergebnisse

Tabelle 3: Einstellungen zur sozialen Ungleichheit als Determinanten der Lebenszufriedenheit (OLS Regression)

	(1)	(2)
Mittelschicht (Referenz)		1
Unter-, Arbeiterschicht		-0,344***
Obere Mittel-, Oberschicht ¹		0,217
Bildungsmöglichkeit nach Begabung (0/1)	0,363***	0,368***
Soz. Unterschiede gerecht (0-1)	0,686***	0,438*
Ant. Lebensstandard gerecht (0-1)	3,1***	1,609***
Observations	2096	2096
Adjusted R ²	0,131	0,293

Abhängige Variable „Allgemeine Lebenszufriedenheit“ (0-10)
Skalen der unabhängigen Variablen standardisiert auf den Wertebereich von 0 bis 1.
In Modell 2 unter weiterer Kontrolle von alten und neuen Bundesländern; Haushaltsnettoeinkommen (ln); Haushaltsgröße (ln); Alter; Schulabschluss; Erwerbsstatus; subjektiver Gesundheitszustand
Unstandardisierte Koeffizienten, Signifikanzniveau: * p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001
Datenbasis: ALLBUS 2010

ebenso wie für die Legitimationsmechanismen. Insofern ist die Legitimation der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Zugangschancen und Belohnungen in Deutschland brüchiger geworden. Diese Entwicklung einer bröckelnden Ungleichheitslegitimation war in den westdeutschen Bundesländern markanter als in den ostdeutschen, wo die Ungleichheit allerdings zuvor schon ausgesprochen kritisch bewertet und weniger toleriert wurde als in Westdeutschland. Die nicht unbeträchtliche Aversion gegenüber einer zunehmenden sozio-ökonomischen Ungleichheit schlägt sich nicht zuletzt auch im subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung nieder, das nicht nur durch das als ungerecht empfundene persönliche Abschneiden im Verteilungswettbewerb, sondern auch durch die Wahrnehmung von Ungleichverteilung und Ungerechtigkeit beeinträchtigt wird.

- 1 Das ISSP 2009 hatte wie bereits in den Jahren 1992 und 1999 Einstellungen zur sozialen Ungleichheit als thematischen Schwerpunkt. Die Erhebung erstreckt sich in den beteiligten Ländern über die Jahre 2009 und 2010. In Deutschland wird das ISSP jeweils zusammen mit dem ALLBUS durchgeführt, d. h. die Daten beziehen sich auf das Jahr 2010. Für weitere Informationen zum ALLBUS und dem ISSP vgl. www.gesis.org/das-institut/wissenschaftliche-abteilungen/dauerbeobachtung-der-gesellschaft/survey-programme/.
- 2 Für detaillierte Informationen zum SOEP vgl. www.diw.de/soep.
- 3 Zur zeitlichen Entwicklung des Gini-Index in der EU vgl. „Social Indicators Monitor-SIMon“ (www.gesis.org/SIMon). Demnach ist eine Zunahme der Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen seit der Mitte der 1990er Jahre nur für eine Minderheit der EU-Mitgliedsländer zu beobachten. Für die EU-15 Länder insgesamt ist der Gini-Index über diesen Zeitraum im Durchschnitt praktisch unverändert geblieben.
- 4 Vgl. dazu ausführlicher Noll/Roberts (2003: 155 ff.).
- 5 Frage: „Die Einkommensunterschiede in Deutschland sind zu groß.“ (Stimme – voll/ eher/weder noch/eher nicht/überhaupt nicht – zu).
- 6 Nahezu identische Befunde werden dazu auch aus anderen Studien berichtet (Hinz/Liebig 2010).
- 7 Frage: „Hat bei uns heute jeder die Möglichkeit, sich ganz nach seiner Begabung und seinen Fähigkeiten auszubilden?“ („Ja“, „Nein“).
- 8 Frage: „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.“ (Stimme – voll/ehrer/ehrer nicht/überhaupt nicht – zu).
- 9 Frage: „Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.“ (Stimme – voll/ehrer/ehrer nicht/überhaupt nicht – zu).
- 10 Frage: „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen

gerecht.“ (Stimme – voll/ehrer/ehrer nicht/überhaupt nicht – zu).

11 Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren – gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“

Alesina, Alberto, Di Tella, Rafael, MacCulloch, Robert, 2004: *Inequality and happiness: are Europeans and Americans different?* *Journal of Public Economics*, 88, S. 2009-2042.

Delhey, Jan, 2012: *Gleichheit fühlt sich besser an. Statusunbehagen und Wohlbefinden in europäischen Gesellschaften. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 47: S. 8-11.*

Hinz, Thomas, Liebig, Stefan, 2010: *Bericht zur Studie Einkommensgerechtigkeit in Deutschland. Universität Konstanz und Universität Bielefeld* (<http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/liebig/pdf/Studie-Einkommensgerechtigkeit-2010.pdf>).

Luxembourg Income Study – LIS: <http://www.lisdatacenter.org>.

Noll, Heinz-Herbert, Christoph, Bernhard, 2004: *Einstellungen zu sozialer Ungleichheit. In R. Schmitt-Beck, M. Wasmer, A. Koch (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft 7: Sozialer und politischer Wandel in Deutsch-*

land. Opladen: Leske + Budrich, S. 97-125.
Noll, Heinz-Herbert, Roberts, Lance, 2003: *The Legitimacy of Inequality on Both Sides of the Atlantic. A Comparative Analysis of Attitudes in Canada and Germany. The Tocqueville Review/La Revue Tocqueville, Vol. XXIV, (2), S. 153-189.*

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2010: *Subjective well-being in Germany: evolutions, determinants and policy implications. In: Bent Greve (ed.): Happiness and Social Policy in Europe. Cheltenham: Edward Elgar, S. 69-88.*

OECD, 2008: *Growing Unequal? Income Distribution in OECD Countries. OECD Publishing: Paris.*

OECD, 2011: *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. OECD Publishing: Paris.*

Social Indicators Monitor – SIMon: <http://www.gesis-simon.de>.

Wilkinson, Richard, Pickett, Kate, 2010: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Deutsche Ausgabe, 3. Auflage. Berlin: Tolkemitt Verlag.*

■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

Unsicherheit des Arbeitsplatzes mindert Arbeitszufriedenheit besonders in Deutschland

Vergleichende Analysen zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeitsbedingungen in Europa

Die Arbeitsbedingungen und Qualität von Arbeitsplätzen sind immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Auf der einen Seite sind durch äußere Zwänge wie technischer Fortschritt und die Globalisierung induzierte Veränderungen der Arbeitswelt unvermeidbar, auf der anderen Seite stellt sich die Frage, was den Erwerbstätigen zugemutet werden kann. Besonders von Gewerkschaftsseite wird der Fokus immer wieder auf die Belastungen gerichtet, denen Erwerbstätige heute ausgesetzt sind. Zunehmende Befristungsquoten und daraus entstehende Jobsunsicherheit, flexiblere Arbeitszeiten und eine mit dem technischen Wandel einhergehende permanente Erreichbarkeit sowie die verlängerte Lebensarbeitszeit durch Erhöhung des Rentenalters sind nur einige Beispiele für veränderte Belastungen, denen Erwerbstätige heute ausgesetzt sind. Da die Erwerbstätigkeit einen zentralen Aspekt des Lebens darstellt, nicht zuletzt weil die Menschen einen Großteil des Tages damit verbringen und Arbeit neben ökonomischen Ressourcen auch Status und Sinn vermittelt, sind die Arbeitsbedingungen für die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Erwerbstätigen insgesamt von erheblicher Bedeutung. In welchem Umfang die Erwerbstätigen in Deutschland und den übrigen Ländern der EU tatsächlich von belastenden Arbeitsbedingungen betroffen sind und wie sie ihre Arbeitsplatzsituation subjektiv wahrnehmen und bewerten, wird im vorliegenden Beitrag näher untersucht.

Der Begriff der Arbeitsbedingungen umfasst verschiedene Dimensionen. Indikatoren und Indizes, die entwickelt wurden, um die „Qualität der Arbeit“ umfassend zu messen und zu beobachten, orientieren sich zumeist an sechs zentralen Kategorien: Körperliche Sicherheit

und physische und psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, soziale Beziehungen, Qualifizierungsmöglichkeiten, Einkommen, Arbeitszeit und Beschäftigungssicherheit¹. Im Folgenden wird näher beleuchtet, wie die Erwerbstätigen in Deutschland, im Vergleich zu denen in

anderen europäischen Ländern, ausgewählte Aspekte ihrer Arbeitsbedingungen erleben. Dabei liegt das Augenmerk besonders auf Bedingungen, von denen eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens zu erwarten ist. Die vier untersuchten Aspekte umfassen:

- Die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes.
- Die wahrgenommene Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen.
- Das subjektive Erleben von Stress am Arbeitsplatz.
- Die subjektiv empfundene Gefährdung der Gesundheit durch die Arbeitsbedingungen.

Aus einer übergreifenden Perspektive wird zudem untersucht, inwieweit die Erwerbstätigen glauben ihre gegenwärtige Tätigkeit auch im Alter von sechzig Jahren noch ausüben zu können und wie zufrieden sie mit ihren Arbeitsbedingungen sind. Datengrundlage für die Untersuchung ist der fünfte European Working Conditions Survey 2010 (EWCS). Der EWCS wird seit 1991 jeweils im Abstand von fünf Jahren in allen Ländern der Europäischen Union sowie in einigen weiteren Ländern von der Europäischen Stiftung für die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) durchgeführt. 2010 umfasste der EWCS 34 Länder, befragt wurde pro Land eine Stichprobe von 1000 bis 4000 Erwerbstätigen².

Arbeitsplatzsicherheit in Deutschland überwiegend hoch eingeschätzt

Die perzipierte Arbeitsplatzsicherheit wird im EWCS über die Zustimmung zu dem Statement „Ich könnte meine Arbeit in den nächsten sechs Monaten verlieren“ ermittelt³. In Deutschland stimmen dieser Aussage 11% der Befragten zu (Grafik 1). Damit beurteilen die Erwerbstätigen ihre Arbeitsplatzsicherheit hierzulande etwas besser als im europäischen Durchschnitt (16%). Tabelle 1 enthält für Deutschland nach Geschlecht, Alter, Wirtschaftszweig und Berufsgruppen disaggregierte Werte für die betrachteten Indikatoren. Die Einschätzung, den Arbeitsplatz verlieren zu können, ist in Deutschland in allen Altersgruppen relativ ähnlich verbreitet, was insofern überrascht als jüngere Erwerbstätige und Berufseinsteiger von prekären und befristeten Beschäftigungsverhältnissen besonders stark betroffen sind. Die Befristungsquote der unter 30-Jährigen ist mit 27% fast doppelt so hoch wie die Befristungsquote insgesamt (15%)⁴.

Nur in Österreich, Dänemark und Luxemburg (10-11%) erwarten die Erwerbstätigen noch etwas seltener als in Deutschland ihren Arbeitsplatz in naher Zukunft zu verlieren. Im europäischen Vergleich am höchsten ist der entsprechende Anteil dagegen in den baltischen Ländern sowie Tschechien und Bulgarien, wo 30-40% der Erwerbstätigen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes innerhalb der nächsten sechs Monate rechnen.

Die beobachteten Differenzen in den Indikatorwerten zwischen den Ländern können auch

auf Unterschiede in den Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen, z. B. eine differentielle Verteilung der Erwerbstätigen auf Branchen, zurückzuführen sein. Um die Ergebnisse von derartigen Effekten zu bereinigen und besser vergleichbar zu machen, wurde in den Analysen zusätzlich für die Branchen-, aber auch für die Alters- und Berufsgruppenstruktur kontrolliert. Die so berechneten – und in den Grafiken als Punkte dargestellten – Werte weisen die Ergebnisse aus, die sich ergeben wenn in allen anderen Ländern die deutsche Alters-, Branchen- und Berufsgruppenstruktur zugrundegelegt wird. Vielfach unterscheiden sich die simulierten Werte nur geringfügig von den tatsächlichen, teilweise zeigen sich jedoch deutliche Abweichungen. Die Korrektur hat für die perzipierte Arbeitsplatzunsicherheit zur Folge, dass der Anteil derjenigen, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen, in Litauen, Irland, Schweden und Polen um zwei bis drei Prozentpunkte steigt, während der Anteil in Slowenien und Portugal geringfügig sinkt.

Jeder Dritte in Deutschland berichtet mangelnde Unterstützung durch Vorgesetzten

Das betriebliche Arbeitsklima schlägt sich nicht zuletzt in der Beurteilung der Qualität der Zusammenarbeit zwischen Kollegen und mit dem Vorgesetzten durch die Beschäftigten selbst nieder. Ein Indikator, der einen Eindruck davon vermittelt, wie stark die Kollegialität am Arbeitsplatz ausgeprägt ist, ist die Einschätzung der Erwerbstätigen ob ihnen „Ihr Vorgesetzter (bzw. Ihre Kollegen) hilft und Sie unterstützt“⁵. In Deutschland wird das von auffallend vielen Befragten verneint: Jeder dritte Arbeitnehmer gibt an, vom direkten Vorgesetzten selten oder nie Unterstützung zu erhalten (Grafik 2). In besonderem Maße gilt dies auch für Berufsgruppen wie Anlagenbediener und Hilfsarbeitskräfte (54%), sowie für im Transport Tätige (47%), was aber auch damit zusammenhängen kann, dass in diesem Sektor häufig allein gearbeitet wird (z. B. Fernfahrer). Deutschland ist damit gemeinsam mit Italien (28%) im europäischen Vergleich das Land, wo sich Arbeitnehmer von ihren Vorgesetzten am wenigsten unterstützt fühlen. Im Gegensatz dazu geben in Irland, Malta und Zypern lediglich 5 bis 6% der Arbeitnehmer an, selten oder nie vom direkten Vorgesetzten unterstützt zu werden. Damit deuten sich sehr unterschiedliche Arbeits- und Kooperationskulturen in Europa an.

Fehlende Unterstützung durch Kollegen bemängeln die Arbeitnehmer hingegen deutlich seltener. Mit einem Anteil von 12% die angeben, diese selten oder nie zu erhalten, liegt Deutschland jedoch auch hier geringfügig über dem EU-27-Durchschnitt (10%). Branchen, in denen dieser Anteil besonders hoch ist, sind das Transportgewerbe (26%) sowie der Bereich der sonstigen Dienstleistungen und das Finanzgewerbe. Auch ältere Arbeitnehmer vermissen häufiger als jüngere die kollegiale Unterstützung. Insgesamt sind die Betriebskultur und die gegenseitige Unterstützung am Arbeitsplatz Aspekte der Arbeitsbedingungen,

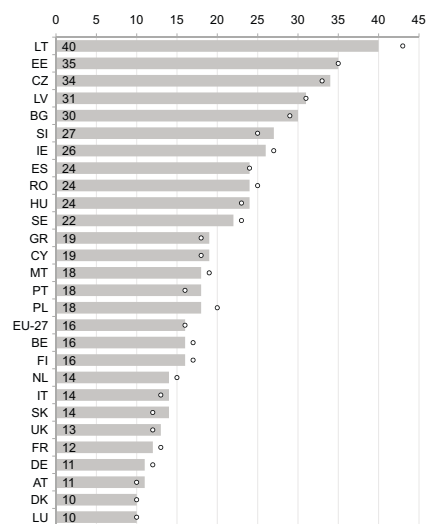
bei denen es in Deutschland offensichtlich Verbesserungsbedarf gibt. Im Vergleich der EU-27 Länder wird der kollegiale Support in Italien besonders schlecht beurteilt (19%), in Dänemark und Irland hingegen besonders gut (beide 4%).

Eine hohe Arbeitsintensität kann von den betroffenen Beschäftigten als Belastung empfunden werden, aber muss nicht per se als negativ empfunden werden. Dennoch wird der wachsende Druck am Arbeitsplatz in der öffentlichen Diskussion zunehmend thematisiert. Die Gewerkschaften kritisieren, dass Beschäftigte „unter Dauerstrom“ stehen. Auch die Krankenkassen warnen, dass Burn-out zu einem großen Problem wird (DGB 2012). Wie aus Grafik 3 hervorgeht, variiert der Anteil der Arbeitnehmer, die sich meistens oder immer Stress am Arbeitsplatz ausgesetzt fühlen, im Vergleich der europäischen Länder beträchtlich und reicht von 11% in den Niederlanden bis 51% in Griechenland⁶. Im Durchschnitt aller EU-27 Länder sind es 26%. In Deutschland berichtet fast jeder dritte Erwerbstätige meistens oder immer „Stress bei der Arbeit zu erleben“. Bemerkenswert erscheint, dass Beschäftigte im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich häufig angeben, unter Stress zu arbeiten (41%).

Gesundheitsrisiko wird besonders in körperlich beanspruchenden Berufen hoch eingeschätzt

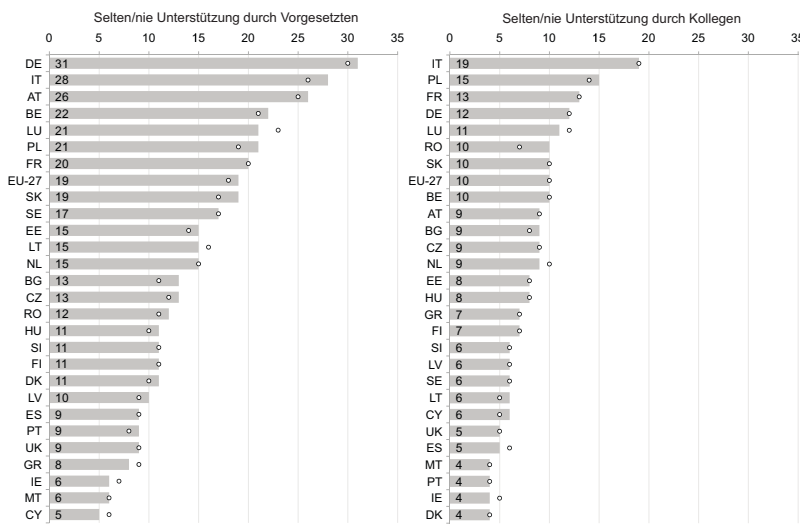
Neben psychischen wirken sich auch körperliche Belastungen negativ auf die Lebensqualität am Arbeitsplatz oder gar die Gesundheit der Beschäftigten aus⁷. Darüber hinaus belasten sie auch die Wirtschaft, da gesundheitliche Probleme zu Ausfallzeiten oder gar zum vollständigen Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt führen können. Grafik 4 stellt den Anteil der Erwerbstätigen dar, die ihre Gesundheit, Sicherheit oder beides durch die Arbeit gefährdet sehen⁷. In Deutschland fühlen sich 19% der Erwerbs-

Grafik 1: Wahrgenommene Arbeitsplatzsicherheit 2010 (in %)



Anteile in % – stimme stark zu / stimme zu
Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

Grafik 2: Perzipierter Mangel an Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen 2010 (in %)



Anteile in % – selten / nie

Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

tätigen einer gesundheitlichen Gefährdung an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt, im europäischen Durchschnitt ist es dagegen fast jeder Vierte. Branchen, in denen sich die Beschäftigten in Deutschland besonders häufig gefährdet sehen, sind das Baugewerbe (38%) sowie die Bereiche Transport und Gesundheit (jeweils 28%). Im Finanzwesen ist der entsprechende Anteil dagegen am geringsten⁸. Auch ältere Erwerbstätige sehen sich überdurchschnittlich häufig einer gesundheitlichen Beeinträchtigung ausgesetzt (24%). In Europa gibt es nur wenige Länder, wo ein solches Risiko am Arbeitsplatz seltener wahrgenommen wird als in Deutschland; in vielen Ländern fühlen sich wesentlich größere Anteile der Erwerbstätigen gesundheitlich gefährdet. Weit über dem europäischen Durchschnitt liegen die entsprechenden Werte vor allem in Lettland, Griechenland und Bulgarien, aber überraschenderweise auch in Schweden mit 41%. Ein gewisser Teil der Differenzen zwischen den Ländern ist, wie der Vergleich der tatsächlichen mit den simulierten Werten zeigt, auf Unterschiede in den Beschäftigungsstrukturen zurückzuführen. Unter der Annahme, dass die Beschäftigungsstrukturen mit denen in Deutschland identisch wären, sinkt der Anteil der Erwerbstätigen, die sich am Arbeitsplatz gefährdet fühlen z. B. in einigen osteuropäischen Ländern um bis zu sieben Prozentpunkte, in anderen Ländern (Malta, Luxemburg) nimmt der Anteil unter dieser Annahme dagegen zu.

Fähigkeit zur Ausübung der derzeitigen Tätigkeit im Alter wird eher pessimistisch eingeschätzt

Neben der Arbeitsintensität und körperlich beeinträchtigenden Arbeitsbedingungen kann auch die Frage, ob die derzeitige berufliche Tätigkeit bis ins Alter ausgeübt werden kann, als ein Indikator für die mit dem ausgeübten Beruf verbundene Arbeitsbelastung interpretiert werden. Dieser Aspekt ist auch von politischer Bedeutung, wie die Diskussion zur „Rente mit 67“

gezeigt hat. Unter anderem durch die steigende Lebenserwartung und die damit verbundenen längeren Rentenbezugszeiten sind die Rentensysteme zunehmend unter Druck geraten. Die OECD fordert daher, das Renteneintrittsalter an die gestiegene Lebenserwartung anzupassen, wie es in einigen Ländern bereits der Fall ist (OECD 2012). Das Renteneintrittsalter, das in Europa derzeit zwischen 60 (Frankreich) und 67 Jahren (Deutschland) variiert, würde damit langfristig auf 65 bis 69 Jahre steigen. In einer Vielzahl der EU-Länder, darunter auch in Deutschland, wurde das Renteneintrittsalter bereits angehoben oder eine Anhebung beschlossen. Fraglich ist jedoch, ob Erwerbstätige sich überhaupt in der Lage sehen, ihren Beruf so lange auszuüben. Der Befund, dass jeder Vierte Erwerbstätige in Europa die Frage „Denken Sie, dass Sie Ihren derzeitigen Beruf auch noch mit 60 Jahren ausüben können?“ verneint (Grafik 5), deutet darauf hin, dass hier Zweifel angebracht sind⁹. In Deutschland gibt immerhin fast jeder fünfte Erwerbstätige an, die derzeitige Tätigkeit nicht einmal bis zum Alter von 60 Jahren ausüben zu können, was zwar verglichen mit dem EU-Durchschnitt niedrig ist, angesichts des Renteneintrittsalters von 67 dennoch besorgniserregend hoch. Nicht überraschend ist der Befund, dass Beschäftigte mit körperlich beanspruchenden Tätigkeiten (Handwerker, Anlagenbediener, Hilfsarbeitskräfte) am häufigsten dieser Ansicht sind, angesichts der Tatsache dass es auch diese Berufsgruppen sind, die sich am häufigsten Gesundheitsrisiken ausgesetzt fühlen. Im europäischen Vergleich variiert der Anteil derjenigen, die glauben ihre gegenwärtige Tätigkeit nicht bis zum Alter von 60 Jahren ausüben zu können, zwischen 16% (Irland) und 60% (Slowenien). Wenn eine Beschäftigung bis 67 oder gar – wie von der OECD vorgeschlagen – darüber hinaus umgesetzt würde, hätte das zur Folge, dass ein Großteil der Erwerbstätigen die von ihnen ausgeübte Arbeit im Alter wechseln müsste, was mit den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen kaum Aussicht auf Erfolg hätte. In Deutsch-

land zeigt sich diese Problematik vor allem im Baugewerbe, wo fast ein Drittel der Befragten die Fähigkeit zur Ausübung seiner derzeitigen Arbeit im Alter pessimistisch einschätzt.

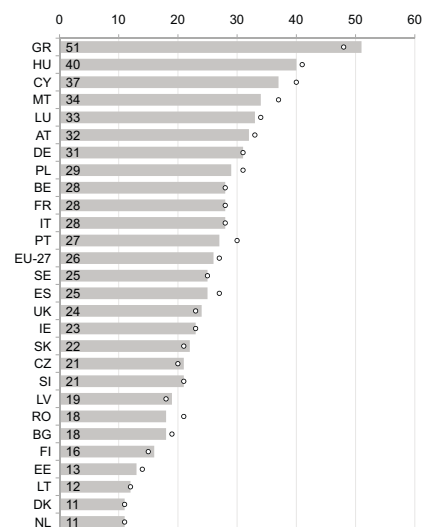
Im Allgemeinen hohe Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen trotz existierender Probleme

In der Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen kommt zum Ausdruck, wie die Erwerbstätigen ihre Arbeitssituation insgesamt wahrnehmen und bewerten. Es zeigt sich, dass – trotz der in diesem Beitrag dargelegten Probleme – eine große Mehrheit der Europäer (84%) mit ihren eigenen Arbeitsbedingungen mindestens zufrieden ist, jeder Vierte ist sogar sehr zufrieden (Grafik 6)¹⁰. In Deutschland geben 88% der Beschäftigten an, mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden zu sein, darunter sind 29% sehr zufrieden. Der Anteil der Zufriedenen variiert nur wenig im Vergleich der verschiedenen Beschäftigtengruppen, die niedrigsten Anteile ergeben sich für Anlagenbediener und Hilfsarbeiter sowie Beschäftigte im Transportwesen mit 80 bzw. 81%.

Im europäischen Vergleich sind große Unterschiede zu beobachten. Der Anteil der Erwerbstätigen, die mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden sind, variiert zwischen 63% in Griechenland (17% sehr zufrieden) und 95% in Dänemark (51% sehr zufrieden).

Die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen ist eine summarische Bewertung der Arbeitssituation, wobei sich die Frage stellt, wie sich die verschiedenen, zuvor behandelten Aspekte – Arbeitsplatzsicherheit, erfahrene Unterstützung und Arbeitsbelastungen – auf die Zufriedenheit auswirken und ob sich die für Deutschland gefundenen Zusammenhänge von denen in anderen europäischen Ländern unterscheiden. Um diese Fragen zu beantworten, wurden

Grafik 3: Wahrnehmung von Stress am Arbeitsplatz 2010 (in %)



Anteile in % – meistens / immer

Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

logistische Regressionsanalysen durchgeführt (Tabelle 2). Dabei werden die Effekte der einzelnen Aspekte der Arbeitsbedingungen unter Kontrolle der Beschäftigungssektoren, Berufsklassen und des Alters auf die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen (dichotomisiert) untersucht. Neben Deutschland, das separat betrachtet wird, werden die Berechnungen zum Vergleich jeweils auch für die EU-27 Länder insgesamt sowie zwei Ländergruppen, Nordeuropa (Finnland, Dänemark, Schweden) und Südeuropa (Spanien, Portugal, Griechenland, Italien) durchgeführt. In der Tabelle sind die Odds-Ratios ausgewiesen, die die Chance beziffern zufrieden zu sein, wenn die jeweilige Ausprägung der Arbeitsbedingungen zutrifft versus nicht zutrifft.

Befürchtungen, den Arbeitsplatz zu verlieren, mindern die Arbeitszufriedenheit der Deutschen am stärksten

Auffällig ist zunächst der Befund, dass die Zufriedenheit mit der Arbeit in Deutschland vor allem durch Beschäftigungsunsicherheit beeinträchtigt wird. Dieser Aspekt der Arbeitsbedingungen bestimmt die Arbeitszufriedenheit stärker als alle anderen. Bemerkenswert ist zudem, dass der Effekt in Deutschland wesentlich stärker ist als in den übrigen europäischen Ländern. Zwar sind in Deutschland

vergleichsweise wenige Erwerbstätige von Arbeitsplatzunsicherheit tatsächlich betroffen, dann jedoch stark in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Auch das Gefühl, einem gesundheitlichen Risiko ausgesetzt zu sein und die Erwartung, die derzeitige Tätigkeit im Alter von 60 Jahren nicht mehr ausüben zu können, beeinträchtigt Beschäftigte in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Hier äußert sich offenbar ein besonders ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, nicht nur im Hinblick auf den gegenwärtigen Arbeitsplatz, sondern auch in Bezug auf die zukünftige berufliche Entwicklung und die Altersversorgung (Noll/Weick 2003). In den nordeuropäischen Ländern ist der Effekt der Beschäftigungsunsicherheit auf die Arbeitszufriedenheit am schwächsten ausgeprägt, was vermutlich mit den Arbeitsmarktverhältnissen, aber auch den sozialen Sicherungssystemen in diesen Ländern zusammenhängt.

Ebenfalls starke Auswirkungen auf die summarische subjektive Bewertung der eigenen Arbeitsbedingungen hat in Deutschland die Einschätzung, vom Vorgesetzten nicht unterstützt zu werden, was die Chance, mit den Arbeitsbedingungen zufrieden zu sein, um 64% verringert. Auch dieser Effekt erweist sich in Deutschland als etwas stärker als im EU-Durchschnitt. Die Wahrnehmung einer

mangelnden Unterstützung durch Kollegen scheint hingegen nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern keinen signifikanten Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit der Erwerbstätigen zu haben. Lediglich für die gesamte EU zeigt sich ein leicht negativer Effekt.

Das Erleben von Stress beeinträchtigt die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen in Deutschland offenbar weniger als in den übrigen europäischen Ländern. Dieser Befund ist insofern von besonderem Interesse, da in Deutschland besonders viele Erwerbstätige (jeder Dritte) berichten, Stress am Arbeitsplatz zu erleben. Obwohl psychisch belastende Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt sind, deuten unsere Analysen darauf hin, dass das Empfinden von Stress die Arbeitszufriedenheit weniger beeinträchtigt als Arbeitsplatzunsicherheit. Anders ist die Situation in Süd- und insbesondere in Nordeuropa. Zwar geben in Nordeuropa vergleichsweise wenige Erwerbstätige an, Stress am Arbeitsplatz zu erleben, doch gerade dort hat Stress einen vergleichsweise starken negativen Einfluss auf die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen.

Insgesamt zeigt sich im Vergleich der europäischen Länder ein facettenreiches Bild der

Tabelle 1: Perzeption und Bewertung von Arbeitsbedingungen in Deutschland 2010 (in %)

	Arbeitsplatzunsicherheit	keine Unterstützung vom Vorgesetzten ¹	keine Unterstützung durch Kollegen	Stress	Gesundheitsrisiko	Arbeit nicht mehr ausführbar im Alter von 60 J.	Zufriedenheit mit Arbeitsbedingungen
Geschlecht							
Männer	10	32	12	30	22	19	89
Frauen	13	30	12	33	16	17	88
Wirtschaftszweig²							
Industrie	14	34	12	26	19	18	90
Baugewerbe	11	33	7	32	38	33	90
Groß- und Einzelhandel	15	32	9	33	14	16	87
Transport	11	47	26	35	28	23	81
Finanzsektor	9	26	19	35	4	14	95
Öffentlicher Dienst	3	25	10	31	26	14	90
Bildungssektor	6	28	10	33	25	10	84
Gesundheit	11	25	5	41	28	25	86
Sonstige Dienstleistungen	14	30	20	25	9	14	91
Alter							
bis 25	13	22	8	29	13	18	89
26-35	10	30	9	31	15	22	90
36-45	11	29	11	30	20	20	88
46-55	12	36	14	33	24	16	88
ab 56	12	36	19	31	18	11	88
Berufsklasse³							
ISCO 1 - 3	8	21	10	33	15	13	90
ISCO 4 + 5	14	31	10	31	13	18	88
ISCO 6 + 7	9	31	6	27	32	26	91
ISCO 8 + 9	19	54	27	31	29	25	80

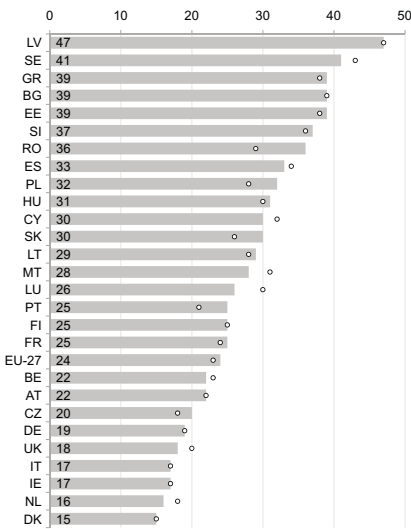
1) nur abhängig Beschäftigte

2) NACE Rev. 2 (Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne); ohne Land- und Forstwirtschaft

3) ISCO 08 (International Standard Classification of Occupation); ohne Soldaten; ISCO 1 bis 3: Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete, Führungskräfte; Wissenschaftler; Techniker; ISCO 4 + 5: Bürokräfte; Dienstleistungsberufe; ISCO 6 + 7: Fachkräfte in Landwirtschaft und Fischerei; ISCO 8 + 9: Anlagen- und Maschinenbediener, Montierer; Hilfsarbeitskräfte

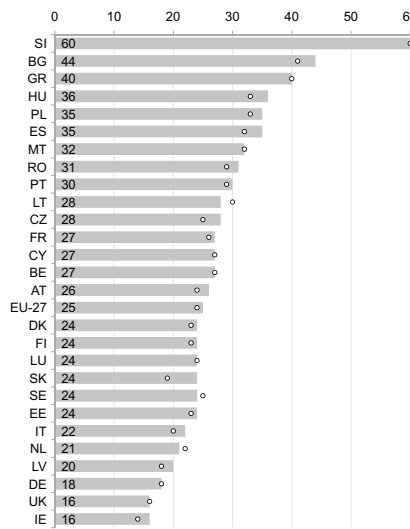
Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

Grafik 4: Wahrgenommene Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz 2010 (in %)



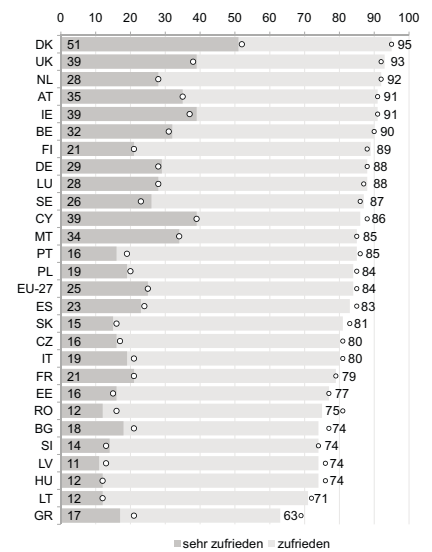
Anteile in % – ja
Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

Grafik 5: Einschätzung, die aktuelle Arbeit mit 60 nicht mehr ausführen zu können 2010 (in %)



Anteile in % – nein
Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

Grafik 6: Anteil zufriedener Erwerbstätiger 2010 (in %)



Anteile in % – zufrieden/sehr zufrieden
Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

Arbeitsbedingungen, wie sie von den Beschäftigten subjektiv wahrgenommen und erlebt werden. Bemerkenswert sind insbesondere auch die Unterschiede zwischen den Ländern im Einfluss einzelner Aspekte der Arbeitsbedingungen auf die Arbeitszufriedenheit. In Deutschland wird die Arbeitsplatzsituation größtenteils positiver wahrgenommen als im Durchschnitt der EU-27 Länder. Das gilt jedoch nicht für die Bewertung der Qualität der Zusammenarbeit und die empfundene Arbeitsintensität. Mehr als von allen anderen hier betrachteten Aspekten der Arbeitsbedingungen wird die Arbeitszufriedenheit von Jobunsicherheit beeinträchtigt. Dieser Effekt ist hierzulande deutlich stärker ausgeprägt als im übrigen Europa und verweist auf ein besonders stark entwickeltes Sicherheitsbedürfnis der Deutschen.

1 Andere Ansätze zur Messung von Arbeitsbedingungen bzw. der Qualität der Arbeit sind z. B. der „Gute-Arbeit-Index des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (www.dgb-index-gute-arbeit.de), das Messkonzept von Eurofound (2010) sowie ein neuer Vorschlag der „Task Force on the Measurement of Quality of Employment“ der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE 2010).

- 2 Für detaillierte Informationen zum European Working Conditions Survey vgl. <http://www.eurofound.europa.eu/surveys/ewcs/2010/index.htm>.
- 3 Antwortmöglichkeiten: Stimme stark zu, Stimme zu, Stimme weder zu noch nicht zu, Stimme nicht zu, Stimme überhaupt nicht zu.
- 4 Für ausführliche Informationen vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database.
- 5 Antwortmöglichkeiten: Nie, Selten, Manchmal, Meistens, Immer.
- 6 Frage: Sie erleben Stress bei der Arbeit...? (Meistens, Immer, Manchmal, Selten, Nie).
- 7 Frage: Glauben Sie, dass Ihre Gesundheit oder Sicherheit durch Ihre Arbeit gefährdet ist? (Ja, Nein).
- 8 Korrelationskoeffizienten zeigen, dass die Einschätzung der Gesundheitsrisiken von den Befragten der EWCS offenbar tatsäch-

- lich stärker mit körperlicher Beeinträchtigung assoziiert wird, als mit psychosozialen Aspekten. Vermutlich sind deshalb vorrangig Beschäftigte im Bau- und Transportwesen betroffen und nicht Beschäftigte, deren Arbeitsplatz vorrangig das Büro ist.
- 9 Antwortmöglichkeiten: Ja, Nein, Das würde ich nicht wollen.
- 10 Frage: Alles in allem gesehen – Sind Sie mit den Arbeitsbedingungen in Ihrem Hauptberuf...? (Sehr zufrieden, Zufrieden, Nicht sehr zufrieden, Überhaupt nicht zufrieden).

DGB (2012): Einblick – Gewerkschaftlicher Info-Service, 6/12. Verfügbar unter: <http://einblick.dgb.de/ausgaben> (Stand: Juli 2012).

Eurofound, 2010: Annual review of working conditions 2009-2010. Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Eurofound, 2012: Fifth European Working Conditions Survey. Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2003: Qualität der deutschen Arbeitsplätze im europäischen Vergleich allenfalls Durchschnitt. In: ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 30, S. 6-10.

OECD, 2012: Pensions Outlook 2012 (www.oecd.org/els/social/pensions/PAG).

UNECE, 2010: Measuring Quality of Employment – Country Pilot Reports, Geneva, United Nations. Verfügbar unter: http://www.unece.org/fileadmin/DAM/publications/oes/STATS_MeasuringQualityEmployment.E.pdf (Stand: Juli 2012).

Tabelle 2: Auswirkungen von Arbeitsbedingungen auf die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen¹ (logistische Regressionen)

	Deutschland	EU 27	Nordeuropa	Südeuropa
Arbeitsplatzunsicherheit	0,20***	0,41***	0,51***	0,38***
keine Unterstützung vom Vorgesetzten	0,36***	0,40***	0,34***	0,27***
keine Unterstützung von Kollegen	0,86	0,78***	0,81	0,94
Stress	0,66*	0,48***	0,32***	0,43***
Gesundheitsrisiko	0,32***	0,38***	,38***	0,45***
Arbeit nicht mehr ausführbar im Alter von 60 J.	0,40***	0,61***	0,50***	0,72**

1) unter Kontrolle von Alter, Wirtschaftszweig und Berufsklasse
Signifikanzniveaus: * p<0.05; ** p<0.01; *** p<0.001
Ländergruppen: Nordeuropa – Dänemark, Schweden, Finnland; Südeuropa – Portugal, Spanien, Italien, Griechenland

Datenbasis: EWCS 2010, eigene Berechnungen

Anne Balz und Kristina Krell, GESIS
Telefon: 0621 / 1246 -248 und -291
anne.balz@gesis.org
kristina.krell@gesis.org

Herausgeber
GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt
Dr. Heinz-Herbert Noll
Redaktion
Dr. Stefan Weick

Satz und Druck
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung
Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

European Conference on Measuring Well-Being and Fostering the Progress of Societies

Paris, 26. – 28. Juni 2012

Von der OECD als einem der Partner des e-Frame-Projekts ausgerichtet und unterstützt von Eurostat und dem European Statistical System, fand Ende Juni die „European Conference on Measuring Well-Being and Fostering the Progress of Societies“ in Paris statt. An der zweitägigen Veranstaltung nahmen ca. 250 Wissenschaftler, Statistiker und „policy maker“ aus einer Vielzahl von europäischen und außereuropäischen Ländern teil, um aktuelle Fragen der Wohlfahrts- und Fortschrittmessung zu diskutieren, die gegenwärtig große Aufmerksamkeit findet. Nach einleitenden Statements und einer „keynote address“ des Vice-Chairman of the EU Committee on Economic and Monetary Affairs wurde zunächst die Frage nach der Bedeutung des Konferenzthemas in der aktuellen Finanzkrise aufgeworfen und diskutiert. Im Mittelpunkt der Konferenz standen verschiedene Plenarveranstaltungen und Workshops zu drei zentralen Gegenständen der Wohlfahrtsmessung:

- Materielle Lebensbedingungen mit Workshops zu „Income Inequalities“, „Jobs and Earnings“ und „Wealth Distribution“
- Lebensqualität mit Workshops zu „Subjective Well-Being“, „Social Connections and Civic Participation“ sowie „Regional and Local Dimensions“
- Nachhaltigkeit mit Workshops zu „Environmental Capital“, „Human Capital and Aging“ und „Transboundary impacts“.

In einem abschließenden Roundtable wurde ein vorläufiges Resümee gezogen und über weitere Schritte zur Verbesserung der Wohlfahrtsmessung diskutiert. Die Konferenz diente nicht zuletzt auch dazu, die Vernetzung von verschiedenen Aktivitäten zu fördern und eine europäische Position für das 4. OECD World Forum on Statistics, Knowledge and Policy zu entwickeln, das im Oktober dieses Jahres in New Delhi stattfinden wird. Das Programm und die Präsentationen sowie weitere Informationen zu der European Well-Being Konferenz stehen unter der folgenden Webadresse zur Verfügung: www.oecd.org/progress/europe.

■ Kontakt: heinz-herbert.noll@gesis.org

Subjective Social Indicators: Usefulness and Information Potential for Policy Making

7. Konferenz „Social Monitoring and Reporting in Europe“

Villa Vigoni, 25.-27. April 2012

Die diesjährige - bereits siebte - Veranstaltung in der Reihe der in der Villa Vigoni stattfindenden „Social Monitoring and Reporting in Europe“ – Konferenzen beschäftigt sich mit subjektiven sozialen Indikatoren und deren Nützlichkeit und Informationspotenzial für politisches Handeln. Diese Frage wird gegenwärtig in den verschiedensten Zusammenhängen auf nationaler und internationaler Ebene ebenso intensiv wie kontrovers diskutiert, vor allem – aber nicht nur – mit Blick auf Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens.

In den Vorträgen wurden die Verwendbarkeit und das Potenzial subjektiver Indikatoren für das „policy making“ aus verschiedenen Blickwinkeln thematisiert. In einer ersten Session standen eher grundsätzliche Aspekte und prinzipielle Argumente pro und contra subjektive Indikatoren im Vordergrund. In den weiteren Sessions wurde die Thematik an konkreten Anwendungsbeispielen aus der internationalen Perspektive sowie vor dem Erfahrungshintergrund einer Reihe von europäischen Ländern erörtert. Es zeigte sich, dass die aufgeworfenen Fragen nicht pauschal beantwortet werden können, sondern - je nach Verwendungszweck und Art der Indikatoren – differenziell beurteilt werden müssen.

An der Konferenz nahmen knapp 30 Sozialwissenschaftler, Statistiker und Repräsentanten internationaler Organisationen aus insgesamt 13 Ländern teil. Die Veranstaltung wurde von Heinz-Herbert Noll (GESIS) in Zusammenarbeit mit Carla Collicelli (CENSIS), der Villa Vigoni und der Europäischen Kommission (DG Employment, Social Affairs and Inclusion) organisiert, die die Tagung auch großzügig finanziell gefördert hat.

Das Programm der Tagung ebenso wie die Präsentationen sind über die folgenden Website verfügbar: www.gesis.org/social-reporting-in-europe/

■ Kontakt: heinz-herbert.noll@gesis.org